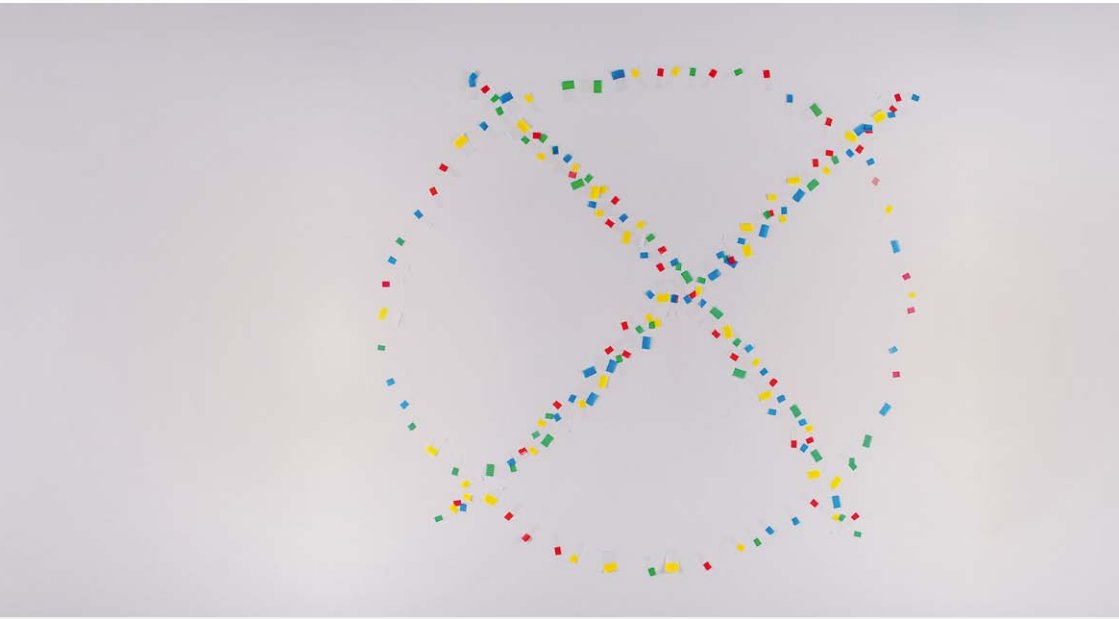
demokratie leben

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Wandel der Parteiendemokratie und Populismus

NRW-Forum: Zukunft Demokratie

www.politische-bildung.nrw.de

Wandel der Parteiendemokratie und Populismus
NRW-Forum: Zukunft Demokratie

Wandel der Parteiendemokratie und Populismus

NRW-Forum: Zukunft Demokratie

Impressum

Herausgeberin
Landeszentrale für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
www.politische-bildung.nrw.de

Redaktion
Lydia Anita Jendryschik

Lektorat und Satz
Barbara Handke
www.centralbuero.de

Druck
N.N.

Bildnachweis
Coverbild: @ photocase.com/kallejipp
Rückseite: Herbert Cormann
Innenteil: Philipp Sanke, Ulrike Scharfenberger, Roland Zerwinski

Inhalt

7 Einführung
Maria Springenberg-Eich

11 Verfällt Frau Antje dem Populismus?
Der Wandel des politischen Klimas in den Niederlanden seit 2000
Paul Schnabel

27 Politik auf der Achterbahn
Thomas Poguntke

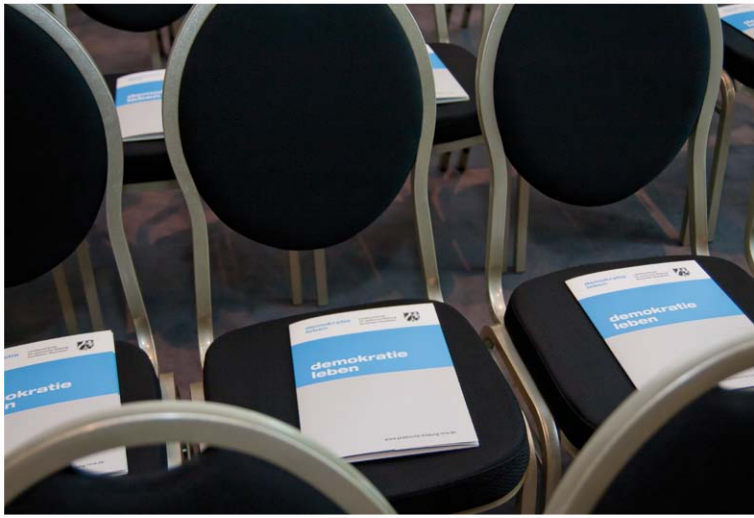
39 Populistische Parteien in Deutschland: Auf ewig erfolglos?
Viola Neu

49 Ohne Volksparteien – na und?
Ein Blick in die Niederlande
Paul Dekker und Tom van der Meer

63 Der holländische Bild-Zeitungs-Populismus und
die Schwäche der etablierten Parteien
René Cuperus

79 Vitalisierung der Parteiendemokratie
Eine Diskussion mit Fleur de Beaufort, Warnfried Dettling, Franz Müntefering und Ton Nijhuis

108 Autoren und Autorinnen


demokratie leben
demokratie leben

RØDE

Einführung

Zeitenwende ist vielleicht ein zu großes Wort, aber die Demokratie in unserem Land befindet sich in einem beispiellosen Umbruch, wie wir ihn in der Geschichte der Bundesrepublik bislang nicht kennen. Die Politik steht vor gigantischen, globalen Herausforderungen. Internet und soziale Netzwerke werden die Gesellschaft tiefgreifend verändern. Sie führen Umwälzungen herbei, die in Breite und Wirkung schwer vorauszusagen und möglicherweise nur mit der Einführung des Buchdrucks vergleichbar sind.

Gott sei Dank wird die Demokratie von der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht infrage gestellt. Aber unser Politikmodell, die demokratische Repräsentation und die politische Willensbildung sind in der Krise: Die Orientierungsfunktion der Volksparteien schwindet und die Wahlbeteiligung sinkt – und das besonders drastisch im bildungsarmen Milieu. Außerdem erschwert das erweiterte Parteienspektrum die Regierungsbildung, populistische Parteien und Bewegungen nutzen die Schwächen der etablierten Parteien und das Vertrauen in Parteien und Politiker hat rapide abgenommen. Tony Judt drückte unsere Situation in Europa so aus: „Wir sind in ein Zeitalter der Unsicherheit eingetreten – wirtschaftliche Unsicherheit, physische Unsicherheit, politische Unsicherheit. Dass das weitgehend unbemerkt geschehen ist, ist kein Trost. Unsicherheit erzeugt Angst. Und Angst – Angst vor Veränderung, Angst vor sozialem Abstieg, Angst vor Fremden und einer fremden Welt – zerfrisst das wechselseitige Vertrauen, auf dem die Bürgergesellschaft beruht.“ Dennoch kann

nicht pauschal von Politikverdrossenheit die Rede sein. Aktuelle Studien zeigen, dass die bildungsbürgerliche Schicht, die primär die Protestbewegungen trägt, sich trotz ihres hohen Misstrauens gegenüber „der Politik" überdurchschnittlich stark an Wahlen beteiligt.

Die Brisanz mancher Entwicklung wird oft erst im Vergleich deutlich. Die Niederlande gehören zu den Ländern in Europa mit den längsten und stabilsten demokratischen Traditionen. Auch die Niederländer waren politisch durch christdemokratische und sozialdemokratische Parteien geprägt, die aber ihre vorherrschende Stellung verloren haben. Heute sind Minderheitsregierungen keine Seltenheit mehr. Einen Anteil am Umbruch des Parteiensystems in den Niederlanden haben die Wahlerfolge populistischer Bewegungen. Die Anführer dieser Gruppen, der 2002 ermordete Pim Fortuyn und heute Geert Wilders, sind auch bei uns bekannt geworden.

Trotz einschlägiger Versuche der Schill-Partei, Pro Köln und Pro NRW sind rechtspopulistische Gruppierungen in Nordrhein-Westfalen bzw. in Deutschland randständig geblieben. Das muss keineswegs immer so bleiben. Dass auch bei uns ein Potenzial für solche Bewegungen vorhanden ist, zeigt der Zuspruch zu den Thesen Thilo Sarrazins. Pro NRW hat sich möglicherweise selbst im Wege gestanden. Die offensichtliche Nähe mancher Funktionäre zu Neonazis hat sicher viele Menschen auf Distanz gehalten. Die deutsche NS-Vergangenheit und ihre intensive Aufarbeitung bedingt wahrscheinlich eine größere Sensibilität für solche Zusammenhänge.

Der Erfolg der niederländischen Populisten ist deshalb besonders interessant, weil sie deutlicher als in Frankreich und Belgien auf Distanz zum traditionellen Rechtsextremismus setzen. Dessen ungeachtet teilen sie mit ihnen und den anderen populistischen Bewegungen in Europa Islamophobie und antieuropäische Ressentiments als wesentliche Inhalte ihrer Politik. Ich halte es durchaus für denkbar, dass eine vergleichbare Bewegung

mit einer schillernden Führungsfigur auch in Deutschland die politische Landschaft schnell und massiv verändern könnte. Gleichwohl, die „postmodernen Populisten“ sind nicht die Ursache, sondern ein Katalysator der Krise der demokratischen Repräsentation und Willensbildung.

Wir tun also gut daran, uns mit solchen Entwicklungen auseinanderzusetzen. In diesem Sinne gehe ich davon aus, dass eine grenzübergreifende, europäische Debatte einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leistet. Dies schließt selbstverständlich auch Selbstkritik ein. Natürlich spielen Demokratiedefizite in der Europäischen Union Populisten und Extremisten in die Hände. Aber eine offene, grenzüberschreitende Debatte ist sicher auch ein wichtiger Beitrag gegen antieuropäische Affekte.

Ich bin als junger Mensch von den politisch unruhigen und von vielen ökonomischen und politischen Krisen gekennzeichneten späten 60er- und den 70er-Jahren geprägt worden. Das war sicher eine kritische Phase der Demokratie in Deutschland, allein schon wegen der Bedrohung durch die RAF. Im Rückblick war dies aber auch eine Phase besonderer demokratischer Vitalität, aus der die Demokratie gefestigt hervorgegangen ist. Das nie wieder erreichte Maß an politischem Interesse und Engagement junger Menschen sorgte für hohe Beteiligungsraten bei Wahlen. Schließlich erreichten sogar die Mitgliederzahlen in den Parteien einen historischen Höchststand. Parteien und Parlamente profitierten von politischen Bewegungen und neuen Themen, die aus der Zivilgesellschaft kamen, beispielsweise aus der Studenten-, Umwelt-, Antiatom- und Frauenbewegung. Daran hatte die politische Bildung ihren Anteil. Sie bot Plattformen der Auseinandersetzung zwischen etablierter Politik und kritischen Bewegungen aus der Bevölkerung.

Heute steht die politische Bildung unter veränderten Rahmenbedingungen vor ähnlichen Herausforderungen.

Wenn das Interesse an Politik und die Bereitschaft zum Engagement nicht generell abgenommen haben, gleichzeitig aber die Distanz zu institutionalisierter, verfasster Politik zunimmt, stellt sich die Frage, wie ein Austausch organisiert werden kann. Bürgerbewegungen, die politisch wirksam werden wollen, sind darauf angewiesen, dass sie und ihre Anliegen im politischen System ankommen.

Und natürlich können wir uns nicht damit abfinden, dass ganze Bevölkerungsschichten aus der demokratischen Repräsentation herausfallen. Bildungsarmut ist ein komplexes Phänomen, das nach Zusammenarbeit unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und mehrdimensionalen Strategien verlangt. Teilhabearmut ist ein konstitutives Kennzeichen von Bildungsarmut. Insofern stehen wir in der politischen Bildung vor der Herausforderung, gerade bei sozial Schwachen und Zugewanderten die integrative Funktion von Demokratie zu stärken.

Der Tagungsband soll dazu beitragen, einen differenzierten Blick auf den tiefgreifenden Wandel der repräsentativen Demokratie in Europa zu werfen.

Maria Springenberg-Eich
Leiterin der Landeszentrale für
politische Bildung Nordrhein-Westfalen

Verfällt Frau Antje dem Populismus? Der Wandel des politischen Klimas in den Niederlanden seit 2000

Paul Schnabel

Am 21. April 2012 fiel das Kabinett

Knapp ein halbes Jahr nach dem „NRW-Forum: Zukunft Demokratie“ hat sich die politische Landschaft in den Niederlanden drastisch verändert. Die Minderheitsregierung der Rechtsliberalen (VVD) und Christdemokraten (CDA) unter Leitung von Ministerpräsident Mark Rutte (VVD), die auf die Duldung der rechtspopulistischen Partij voor de Vrijheid (PVV) von Geert Wilders angewiesen war, erlitt am 21. April dieses Jahres Schiffbruch. Die Senkung des Haushaltsdefizits auf unter 3 % im Jahr 2013 (Prognosen gingen von einem Defizit von fast 5 % bzw. 28 Milliarden Euro aus) war notwendig und führte zusätzlich zu den bereits in der Koalitionsvereinbarung 2010 festgelegten Sparmaßnahmen zu neuen Kürzungen in den Haushalten der Minister und zu höheren Lasten für die Bürger. Nach sieben Wochen intensiver Verhandlungen verweigerte Geert Wilders im letzten Moment seine Zustimmung. Damit konnte das Kabinett Rutte keine Mehrheit im Parlament zusammenbringen. Dem Ministerpräsidenten blieb nichts anderes übrig, als bei Königin Beatrix das Rücktrittsgesuch seiner Regierung einzureichen. Nach den Neuwahlen am 12. September wird ein sogenannter Informateur prüfen, welche Parteien gemeinsam eine neue Regierung bilden können, die sich auf eine Mehrheit im Parlament stützt. Wenn

alles gutgeht, könnte die neue Koalition der Königin zu Weihnachten ihren Antrittsbesuch abstatten. Eine raschere Regierungsbildung ist fast ausgeschlossen.

Der Fall des Minderheitskabinetts kam wie aus heiterem Himmel. Nach anfänglicher Empörung über das „Auskneifen“ des Duldungspartners PVV wurde jedoch auch ein Gefühl der Erleichterung spürbar: ein kollektives Aufatmen, sowohl bei den Koalitionspartnern als auch bei der Opposition. Die PVV hatte die Politik und das Parlament zwei Jahre lang praktisch in Geiselhaft genommen. Dadurch, dass Geert Wilders dem Kabinett Rutte seine Unterstützung entzog, hat er sich selbst ins Abseits gestellt, denn unabhängig von der Zahl der Sitze, die seine Partei bei den Neuwahlen erlangt, wird keine Partei mehr mit ihm zusammenarbeiten wollen. Die Ablehnung wird dadurch verstärkt, dass die PVV häufig auf das aus der US-amerikanischen Politik bekannte *filibustering* gesetzt hat. Diese Taktik zielt auf die Verzögerung und Behinderung der parlamentarischen Beschlussfassung, beispielsweise durch häufige Anträge auf Feststellung der Beschlussfähigkeit oder übermäßig lange Reden im Parlament.

Neue Runde, neues Glück

Mittlerweile hat Geert Wilders deutlich gemacht, dass er bei den Neuwahlen nicht mehr die Bekämpfung der Einwanderung und die „Islamisierung der Niederlande“ zum zentralen Wahlkampfthema machen wird, sondern die Abschaffung des Euros und den Austritt der Niederlande aus der Europäischen Union. Er reagiert damit unmittelbar auf die Sorgen vieler Niederländer, auch wenn nur eine (wachsende) Minderheit derart radikale Schritte befürwortet. In den Umfragen bleibt die PVV eine große Partei, die voraussichtlich mindestens 15 % und höchstens 20 % der Stimmen erhalten wird.

Nach derzeitigem Stand (Juni 2012) werden nur die rechtsliberale VVD und die sozialistische SP mit 20 % bis 25 % der Stimmen mehr Sitze erzielen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Socialistische Partij (SP) – die eindeutig links von der sozialdemokratischen Partij van de Arbeid (PvdA) angesiedelt ist – die meisten Stimmen erhält. Der Fraktionsvorsitzende der SP, Emile Roemer, würde in diesem Fall zuerst die Gelegenheit erhalten, eine Koalition zu bilden. Das dürfte jedoch nicht einfach sein, da die SP noch niemals Regierungsverantwortung getragen hat und bis vor kurzem auch nicht als seriöser Koalitionspartner galt. Die SP möchte jetzt jedoch an der Kabinettsbildung teilnehmen und sich deswegen kompromissbereit zeigen. Allerdings nimmt auch die SP eine kritische Haltung zum Euro und der EU ein und ist nicht bedingungslos bereit, strukturelle Einsparungen bei den Sozialleistungen hinzunehmen. Mit großem Widerwillen hat sich die SP vor ein paar Wochen dennoch dazu durchgerungen, die Anhebung des Rentenalters in Erwägung zu ziehen, allerdings nicht vor dem Jahr 2020 und um höchstens ein Jahr (auf 66 Jahre).

Der „Frühlingsvertrag“

Für eine weitere Überraschung nach dem unerwarteten Fall des Kabinetts sorgte die Tatsache, dass nur eine Woche später ein neuer Haushaltsbeschluss für das Jahr 2013 zustande kam, der mit einer parlamentarischen Mehrheit rechnen kann. Die kleinen Oppositionsparteien D66 (sozialliberal), GroenLinks und ChristenUnie (christlich-sozial) unterbreiteten der VVD und CDA einen Vorschlag, der innerhalb weniger Tage zum „Frühlingsvertrag“ führte (der auch „Kunduz-Vertrag“ genannt wird, da es sich um die Parteien handelt, die zuvor den Einsatz von Polizeiausbildern in der afghanischen Provinz Kunduz unterstützt hatten). Mit diesem

Haushaltsbeschluss, der erhebliche Einsparungen für das Jahr 2013 sowie eine Reihe von grundlegenden Reformen vorsieht (Anhebung des Rentenalters bereits im Jahr 2013 um einen Monat, Einschränkung der steuerlichen Absetzbarkeit der Hypothekenzinsen), soll das Haushaltsdefizit 2013 auf 2,9 % gesenkt werden. Sowohl die Europäische Kommission als auch das *Centraal Planbureau*, das Beratungsorgan der niederländischen Regierung in Wirtschafts- und Finanzfragen, hält den Beschluss für tragbar.

Die fünf Parteien der Kunduz-Koalition haben vereinbart, dass das Kabinett Rutte das Spar- und Reformpaket so weit wie möglich schnüren und dem Parlament noch vor den Neuwahlen am 12. September zur Beschlussfassung vorlegen wird. Die drei kleinen Oppositionsparteien werden die Vorschläge mittragen. Die Parteien dieser Gelegenheitskoalition wollen sich jedoch nicht festlegen, ob sie nach den Wahlen erneut zusammenarbeiten werden oder sich lieber

für eine Koalition mit der sozialistischen SP oder der sozialdemokratischen PvdA entscheiden, die dem Frühlingsvertrag ihre Unterstützung versagt haben.

Wer sich fragt, was es mit dem viel diskutierten niederländischen „Poldermodell“ auf sich hat, findet im Frühlingsvertrag eine gute Erklärung. Unter dem Druck der Umstände ordnen die Parteien ihre eigenen Interessen und die Interessenkonflikte mit anderen Parteien dem Allgemeinwohl unter. In der Rhetorik jener dramatischen Tage im April war oft die Rede davon, dass „unter Druck alles flüssig wird“ – und die fünf Parteien beglückwünschten sich selbst und ihre Partner zu ihrer Bereitschaft, im Interesse des Landes über ihren eigenen Schatten zu springen. Mittlerweile hat die Gelegenheitskoalition ein wenig an Glanz verloren, denn im Vorfeld der Neuwahlen sind die Parteien wieder damit beschäftigt, sich bei den Wählern zu profilieren und von den zeitlich befristeten Koalitionspartnern zu unterscheiden. Nach den Wahlen wird sich zeigen, ob das Poldermodell auch bei den nächsten, zweifellos detaillierte Koalitionsverhandlungen zum Tragen kommt.

Das politische System der Niederlande

In den Niederlanden ist es relativ einfach, einen Sitz im Parlament zu erlangen. Es gibt keine Sperrklausel, alle landesweit für einen Kandidaten oder eine Kandidatin abgegebenen Stimmen werden addiert. Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 75 % und insgesamt 150 Parlamentssitzen heißt das, dass man für ein Mandat ungefähr 60 000 bis 65 000 Stimmen benötigt. So sind zwei der zehn Parteien, die zurzeit im Parlament vertreten sind, erst nach 2000 ins Parlament eingezogen. Keine der traditionell größeren Parteien (CDA, PvdA, VVD) kann auf eine große Stammwählerschaft zurückgreifen. Die einstmals großen Christdemokraten würden den

derzeitigen Umfragen zufolge auf höchstens 15 Mandate kommen. Vor einem halben Jahrhundert hatten die drei christlichen Parteien, aus denen die heutige CDA hervorgegangenen ist, über die Hälfte (75) der Sitze im Parlament. Die SP, die momentan mit 15 Abgeordneten vertreten ist, darf laut Umfragen mindestens mit einer Verdopplung ihrer Mandate rechnen. Die sozialliberale D66, die vor sechs Jahren nur noch drei Sitze hatte, verfügt mittlerweile wieder über zehn Mandate und kann auf mindestens 15 hoffen.

Bei hochgradig volatiler Wählergunst zeichnet sich der Trend ab, weg von der Mitte, hin zum linken und rechten Flügel des politischen Spektrums zu votieren. Die PVV von Geert Wilders operiert erfolgreich auf dem äußerst rechten Flügel und die VVD bewegt sich offensichtlich in die gleiche Richtung. Die SP kann am äußeren linken Rand beobachten, wie die sozialdemokratische PvdA versucht, in ihre Nähe zu rücken. Die CDA driftet nach dem Scheitern der Duldungskoalition mit der PVV etwas mehr nach links, wohingegen D66, GroenLinks und die ChristenUnie sich immer mehr auf die Mitte zubewegen. D66 wäre für fast alle Parteien der bevorzugte Koalitionspartner in einer neuen Regierung. Nach den Parlamentsneuwahlen muss ein Kabinett gebildet werden, das sich auf eine Mehrheit im Parlament stützen kann. Dann folgen Verhandlungen unter Leitung eines Informateurs, der nach erfolgreichem Abschluss einen Formateur vorschlägt – in der Regel den künftigen Ministerpräsidenten. Dieser stellt die Ministerriege zusammen, welche die beschlossene Koalitionsvereinbarung umsetzt. Im Gegensatz zu Deutschland sind die niederländischen Minister und Staatssekretäre nicht notwendigerweise Parlamentsabgeordnete, und wenn sie es sind, müssen sie ihr Mandat aufgeben. Der Ministerpräsident ist formell nur der Vorsitzende des Ministerrats und nicht der „Vorgesetzte“ der Minister. In der Praxis hat seine Position

zwar an Bedeutung gewonnen, aber er ist beispielsweise nicht befugt, Minister zu entlassen oder zu ersetzen.

Jahrtausendwende und Wandel des politischen Klimas

Ohne dass sich eine konkrete Ursache festmachen ließe, zeichnete sich kurz nach der Jahrtausendwende ein rascher Wandel im politischen Klima der Niederlande ab. Der Rückhalt für die „violette“ Koalition aus PvdA, VVD und D66 nahm ab und die Kluft zwischen den etablierten Parteien und den Bürgern erwies sich in zunehmendem Maße als unüberbrückbar. Auf kommunaler Ebene verzeichneten die lokalen Bürgerparteien erhebliche Zugewinne, und die rechtspopulistische Partei Leefbaar Rotterdam (LPF) unter Leitung von Pim Fortuyn wurde auf Anhieb zur stärksten politischen Kraft in Rotterdam. Fortuyn befasste sich vor allem mit der nationalen Politik und beherrschte ab September 2001 die Debatte in den Medien. Seine Steckenpferde waren „der Scherbenhaufen der violetten Koalition“ und die gescheiterte gesellschaftliche Integration von Ausländern, besonders von Muslimen. Am 6. Mai 2002 wurde Pim Fortuyn von einem Tierschutzaktivisten erschossen. Einige Tage später wurde LPF bei den landesweiten Parlamentswahlen eine der größten Parteien, doch ihre Regierungsbeteiligung endete im Chaos. Nach weniger als 100 Tagen im Amt musste CDA-Ministerpräsident Jan Peter Balkenende, ein paar Stunden nach der Beerdigung von Prinz Claus, bei Königin Beatrix das Rücktrittsgesuch seiner Regierung einreichen.

Das war der Anfang vom Ende der LPF. Von den Politikern, die sich daraufhin der Themen Pim Fortuyns annahmen, war Geert Wilders mit seiner PVV am erfolgreichsten. Zehn Jahre nach dem rasanten Aufstieg und Untergang von Pim Fortuyn entfallen etwa

35 % bis 40 % der Stimmen auf den rechten Rand des politischen Spektrums (VVD und PVV). Der linke Flügel, dem SP, PvdA und GroenLinks angehören, ist ungefähr genauso groß. Die traditionelle Mitte (insbesondere CDA) musste in diesem Zeitraum einen Stimmenrückgang auf 10 % bis 15 % hinnehmen. Die sozialliberale D66, die sich als „radikale Mitte" profiliert, verzeichnet zwar einen Zuwachs, findet jedoch als ausgesprochene EU-Befürworterin vor allem bei höherqualifizierten und kosmopolitisch denkenden Niederländern Anklang.

Die Mitte verschwindet und die Gegensätze zwischen Links und Rechts werden größer. Das ist die allgemeine Erkenntnis, von der allerdings fraglich ist, ob sie die derzeitigen Entwicklungen korrekt interpretiert. Fest steht, dass keine Partei über eine große und treue Basis verfügt, die Wähler und Wählerinnen fühlen sich nicht gebunden. Das zeigt sich auch darin, dass lediglich 2 % der Wahlberechtigten Mitglied einer Partei sind. Bei der Besetzung von Posten spielt die politische Gesinnung in den Niederlanden kaum eine Rolle. Wer sich die Themen anschaut, die die Wähler bewegen, wird feststellen, dass es ihnen nicht um eine Entscheidung für links oder rechts geht.

Von traditionell progressiv zu modern konservativ

Über 40 Jahre lang wurde die politische Bühne in den Niederlanden von progressiven Auffassungen dominiert. Sie manifestierten sich im ständigen Kampf gegen alles, was sich als soziale Ungerechtigkeit auslegen ließ: Auf dem Plan standen die Ungleichberechtigung von Männern und Frauen, Heterosexuellen und Homosexuellen und Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie die Chancenungleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen. Weitere Schwerpunkte waren der Abbau der Einkommensun-

gleichheit (progressive Steuersätze, Kinder-, Miet- und Pflegezuschüsse, Sozialleistungen bei Arbeitslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit, Altersvorsorgeansprüche) und die Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit. Steuerlich generierte Solidarität war das Zauberwort und im Rahmen der Emanzipationspolitik entwickelte sich der Staat mehr und mehr zum Moralunternehmer.

Dies war die politische Leitlinie, die von allen Parteien im Wesentlichen verfolgt wurde. Mittlerweile hat das Thema soziale Ungerechtigkeit an Attraktivität eingebüßt und Progressivität manifestiert sich stärker in den Bereichen Nachhaltigkeit und Förderung der Integration im Rahmen der Europäischen Union. Diese Themen finden jedoch nur bei einem kleinen Teil der Wähler Anklang. Die Mehrheit wünscht sich jetzt den Erhalt der Errungenschaften des vergangenen Jahrhunderts, insbesondere die aus der zweiten Hälfte. Man möchte sichern, was damals neu und modern war, und zwar im überwiegend nationalen Rahmen. Nicht die europäische Zukunft oder die gemeinsame Identität als Europäer gelten als erstrebenswert, sondern eine starke, nationale Identität. Orange ist die Farbe des Volkes geworden, die mehr denn je als Beweis der niederländischen Staatsbürgerschaft nach außen getragen wird. Diese Identität war in Reaktion auf die deutsche Besetzung im Zweiten Weltkrieg entstanden, wird aber heute in nostalgischer Verherrlichung der 1950er-Jahre erlebt, als die Niederlande noch kein Einwanderungsland waren. „Ich gebe den Niederländern die Niederlande zurück“, sagte Mark Rutte bei seinem Antritt als Ministerpräsident. Damit meint er: die Niederlande nicht als Migrationsland und nicht als Teil der Europäischen Union, als ein sicheres Land, in dem man sich in der Öffentlichkeit nicht zu fürchten braucht und in dem das Eigentum anderer respektiert wird.

Die SP hat sich in den gut 30 Jahren ihres Bestehens in zunehmendem Maße für den Erhalt des Systems der sozialen Sicherheit engagiert, das in den 1950er- und

1960er-Jahren entstanden ist. Nach 1975 wurde das System nicht mehr erweitert. Ganz im Gegenteil: Es wurde versucht, die Ansprüche auf den Bezug von Sozialleistungen und ihre Höhe zu begrenzen. Trotz aller Kritik wegen der Gefahr des Missbrauchs von Sozialleistungen ist der Rückhalt für das System in der Bevölkerung noch immer stark. Die große Mehrheit spricht sich dafür aus, dass diese Leistungen nur jenen Personen zugänglich seien, die sie tatsächlich brauchen, aber fast niemand will das Fangnetz, das der Staat für die Folgen von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter gespannt hat, abschaffen. Diese Kernbotschaft der SP wurde bei den letzten Wahlen von der PVV ursurpiert. Allerdings ist die SP unter Leitung von Emile Roemer erneut die Partei, die sich aus Sicht der Bürgerinnen glaubwürdig für den Erhalt der vertrauten Errungenschaften des Versorgungsstaats einsetzt.

Das ursprüngliche Thema der PVV, insbesondere von Geert Wilders persönlich, ist die Verteidigung des Ergebnisses der Metamorphose, die sich in den 1960er- und 1970er-Jahren in den Niederlanden vollzogen hat: der Gesellschaft freier Individuen, die sagen dürfen, was sie wollen, die sich verhalten und kleiden dürfen, wie sie wollen und die leben dürfen, wie sie wollen. Nach Ansicht von Wilders werden diese Errungenschaften durch die „Islamisierung" der niederländischen Gesellschaft bedroht. Im Gegensatz zu den meisten Politikern des extrem rechten Flügels hat er sich immer für die Emanzipation von Frauen und Homosexuellen eingesetzt.

Ein bisschen moderner Konservatismus für alle

In die Programme der etablierten Parteien, vielleicht mit Ausnahme von D66 und GroenLinks, hat ein moderner Konservatismus Einzug gehalten. Der Ministerpräsident (VVD) gibt sich zumindest gegenüber der eigenen Bevöl-

kerung euroskeptisch und beabsichtigt die Kürzung der Entwicklungshilfe von derzeit 0,7 % auf 0,2 % des BIP. Die CDA befürwortet jetzt eine Verschärfung der Einwanderungsvorschriften und eine strengere Integrationspolitik. Alle Parteien sprechen sich mehr denn je für die Aufrechterhaltung und Stärkung der nationalen Identität und Autonomie aus. Die Abkehr von der freizügigen Haltung der Niederlande wird dagegen nur dann zum Thema gemacht, wenn es um die Eindämmung des Drogentourismus aus Deutschland, Belgien und Frankreich geht. VVD, CDA und PVV haben sich auf einschneidende Kürzungen der Mittel für Kunst und Rundfunk geeinigt. Kultur wurde plötzlich als „linkes“ Hobby der Elite eingestuft, die das „rechte“ Volk dafür missbräuchlich zur Kasse bat. Man strebt nicht mehr die kulturelle „Erbauung“ des Volkes an, sondern eine „Abflachung“: die Elite müsse ihre Ansprüche herunterschrauben.

Das große Problem für alle Parteien, mit Ausnahme von SP und PVV, besteht darin, die Kosten für die Sozialleistungen und das Gesundheitswesen (mit 77 Milliarden Euro im Jahr 2011 schon jetzt 12,5 % des BIP) in den Griff zu bekommen. Diese Maßnahmen sind bei der Bevölkerung nicht populär, sie sind jedoch notwendig, um den Staatshaushalt wieder ins Lot zu bringen. Durch den Fall des Kabinetts Rutte werden eine Reihe der bereits vorbereiteten Maßnahmen im Parlament erneut diskutiert. Das bedeutet, dass sie erst nach den Wahlen beschlossen werden können. Alle Parteien wissen, dass Einsparungen bei einem Haushaltsdefizit von fast 5 % und einer Staatsverschuldung von fast 65 % unumgänglich sind, doch keine möchte die Wähler mit diesem Thema vergrämen.

Die Politik wird populistischer

Die Politik hat sich zu einem unsicheren Geschäft entwickelt und politische Karrieren werden immer kürzer. Die niederländischen Medien, insbesondere das Fernsehen, verfolgen sehr aufmerksam das Geschehen auf der parlamentarischen Bühne und das wiederum bestimmt in erheblichem Maße, was dort geschieht und wer daran teilnimmt. Nicht umsonst fallen in der Diskussion über den Zustand der niederländischen Politik die Begriffe „Medienkratie“ und „Dramademokratie“. Politik wird zunehmend als Drama zwischen Personen und als eine Welt voller Konflikte und Intrigen inszeniert. Die großen Geschichten, die Ideologien, haben ausgedient – was bleibt, ist die Tyrannei der Meinungsumfragen und der unbesiegbare Drang, auf Abweichungen und Zwischenfälle mit Strukturveränderungen zu reagieren.

In der Zeit vor 2000 wurde dem niederländischen Wähler gesagt, was „seine“ Auffassung als Katholik, Protestant oder Sozialist war. Zeitungen, Rundfunk, Gewerkschaften und Vereine waren streng nach

Weltanschauung getrennt und hatten Sprecher, die gleichzeitig auch als Interessenvertreter agierten. Die Wählerin musste nicht wirklich wählen, sie brauchte ihre Stimme nur der Partei zu geben, die die Interessen ihres Flügels vertrat. Dass diese Zeiten vorbei sind, macht die Wahlentscheidung schwieriger. Jetzt muss die Wählerin im Überangebot an Informationen selbst ihren Weg finden und ihren Standpunkt bestimmen. Das ist für Höherqualifizierte einfacher als für Geringqualifizierte. Die Wähler merken, dass sie keinen Einfluss auf das Geschehen haben, sie misstrauen der Politik und den Politikern stärker als früher und haben das Gefühl, nicht gehört zu werden.

Die Politik wird in zunehmendem Maße von der Unzufriedenheit des Bürgers geprägt, der befürchtet, liebgewonnene Errungenschaften zu verlieren: die Gemeinschaft der Niederländer, die Gemütsruhe, die der Versorgungsstaat bietet, und die Freiheit, im eigenen Leben eigene Entscheidungen zu treffen. Und zwar in einem wohlhabenden, sicheren und gemütlichen Land. In einer Gesellschaft, die auch noch die Merkmale eines Stammesverbands aufweist. Die politische Partei, die sich dieses Ideal zu eigen machen kann, darf mit Unterstützung und Interesse rechnen, erst recht, wenn ihre Politiker als glaubwürdig und vertrauenerweckend gelten. In den Niederlanden gehört es unbedingt dazu, dass sich die Akteure nicht als waschechte Politiker präsentieren. Auch wer, wie Geert Wilders, seine gesamte berufliche Karriere unter der Käseglocke der Den Haager Politik verbracht hat, muss den Eindruck erwecken, dass er nicht dazugehört und auch nicht dazugehören möchte. Für einen echten Populisten ist das kein Problem.

Nachwort im September 2012

Die VVD (Konservative) und die PvdA (Sozialdemokraten) haben – vollkommen unerwartet – die niederländischen Parlamentswahlen vom 12. September 2012 mit Abstand gewonnen. In der *Tweede Kamer* hat sich die PvdA von 30 auf 38 Sitze gesteigert, die VVD sogar von 31 auf 41. Inzwischen haben sie erste Koalitionsverhandlungen aufgenommen. Vor der Wahl hatten sie zwar jeweils andere Koalitionspartner im Blick, doch nun sind sie nur miteinander in der Lage, eine mehrheitsfähige Koalition zu bilden.

Sowohl nach rechts als auch nach links gibt es keine guten Alternativen. Falls die PvdA mit der bei 15 Sitzen stagnierenden SP (Sozialisten) zusammenarbeiten möchte, würde sie für eine Mehrheit im Parlament auch die Unterstützung von CDA (13 Sitze) und D66 (12 Sitze) benötigen. Sowohl CDA als auch D66 hatten

aber schon vor der Wahl angegeben, dass für sie eine Koalition mit der SP ausgeschlossen ist. Das Gleiche gilt für jede dieser kleineren Parteien in der Mitte auch für eine Koalition auf der rechten Seite. Ohne Unterstützung von Geert Wilders (mit seiner PVV von 24 auf 15 Sitze zurückgegangen) könnte die VVD dort keine mehrheitsfähige Koalition bilden. Mittlerweile aber ist die PVV nicht nur für CDA und D66, sondern auch für die meisten VVD-Parlamentarier als Regierungspartner absolut inakzeptabel geworden.

Bleibt also nur eine Verbindung von VVD und PvdA. Zusammen hätten sie eine komfortable Mehrheit von 79 Sitzen im Parlament. Zudem wäre ein Regierungsabkommen zwischen zwei etwa gleich großen Parteien leichter zustande zu bringen als ein Abkommen zwischen vier oder fünf Parteien. VVD und PvdA sind sich darüber im Klaren, dass ein Misserfolg oder Koalitionsbruch innerhalb von ein oder zwei Jahren die Wählergunst in Richtung der mehr extremistischen PVV und SP verschieben könnte. Wenn alles gut geht, haben die Niederlande noch im Oktober eine neue VVD-PvdA-Regierung unter der Leitung von Mark Rutte. Sicher ist aber noch nichts.

Politik auf der Achterbahn

Thomas Poguntke

Kurswechsel

Anfang der 1980er-Jahre verglich der damalige SPD-Generalsekretär Peter Glotz die Fähigkeit seiner Partei zum Kurswechsel mit der Beweglichkeit eines Tankers (Glotz 1982). Auch wenn die Diagnose seinerzeit auf die SPD beschränkt war, so konnte man immer mit Berechtigung die Unionsparteien mitdenken. Die Volksparteien, der Begriff war ja aus dem politischen Sprachgebrauch nicht wegzudenken, zeichneten sich durch programmatische Kontinuität, stabile Verankerung in den Kernmilieus und eine Unwilligkeit und Unfähigkeit aus, auf neue Probleme mit abrupten Kurswechseln zu reagieren.

Heute würde man wohl eher das Bild einer Achterbahn wählen. Agenda 2010, Wehrpflicht, Rechtsanspruch auf staatliche Kinderbetreuung, Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften, Gemeinschaftsschule, Atomwiedereinstieg, Atomschnellausstieg – die Liste der schnellen Kurswechsel in den vergangen Jahren wird zunehmend unübersichtlich.

Dem politischen Beobachter, vom Bürger ganz zu schweigen, drohen Schwindelgefühle angesichts der schnellen Richtungsänderungen – Achterbahnfahrt eben. Dass die meisten dieser abrupten Kurswechsel auf Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel zustande kamen, dürfte übrigens in erster Linie mit der Tatsache

zu tun haben, dass die SPD seit 2005 nicht mehr den Kanzler stellt.

Doch den Politikern geht es kaum besser als den Bürgern. Umfragewerte und Wahlergebnisse sind ihr tägliches Brot, und diese gleichen in ihrer Unstetigkeit den politischen Kurswechseln. Als Oskar Lafontaine 1985 im Saarland aus der Opposition heraus eine absolute Mehrheit erzielte, war dies auch deshalb bemerkenswert, weil seinerzeit ein kompletter Regierungswechsel als Resultat eines Wahlergebnisses die Ausnahme war. Regierungswechsel waren in Deutschland bis zu diesem Zeitpunkt fast immer das Resultat des Wählerwillens *und* der Entscheidung der parteipolitischen Eliten zu einer anderen Koalitionszusammensetzung. Mit anderen Worten: Partieller statt vollständiger Regierungswechsel war die Regel. Auf Bundesebene markiert der Amtsantritt der rot-grünen Koalition 1998 den ersten vollständigen Wechsel auf den Regierungsbänken.

Die Schwierigkeit, Regierungen aus der Opposition heraus und ohne die Mithilfe eines vormaligen Koalitionspartners abzulösen, verweist auf eine enorme Stabilität im Wählerverhalten, die die bundesrepublikanischen Verhältnisse über Jahrzehnte prägte, aber inzwischen Vergangenheit ist. Galten in den 70er- und 80er-Jahren Gewinne und Verluste über 5 Prozentpunkte als politisches Erdbeben, so hat man sich heute an zweistellige Gewinn- und Verlustbalken am Wahlabend gewöhnt. Hinzu kommen Wahlergebnisse, die die gewohnten Kräfteverhältnisse auf den Kopf stellen und die beliebte Selbstbezeichnung der ehemaligen Großparteien als „Volksparteien“ zunehmend fragwürdig erscheinen lassen (Poguntke 2011). So überholten die Grünen bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg im März 2011 erstmals die SPD; das Gleiche gelang ihnen wenig später in Bremen mit der CDU.

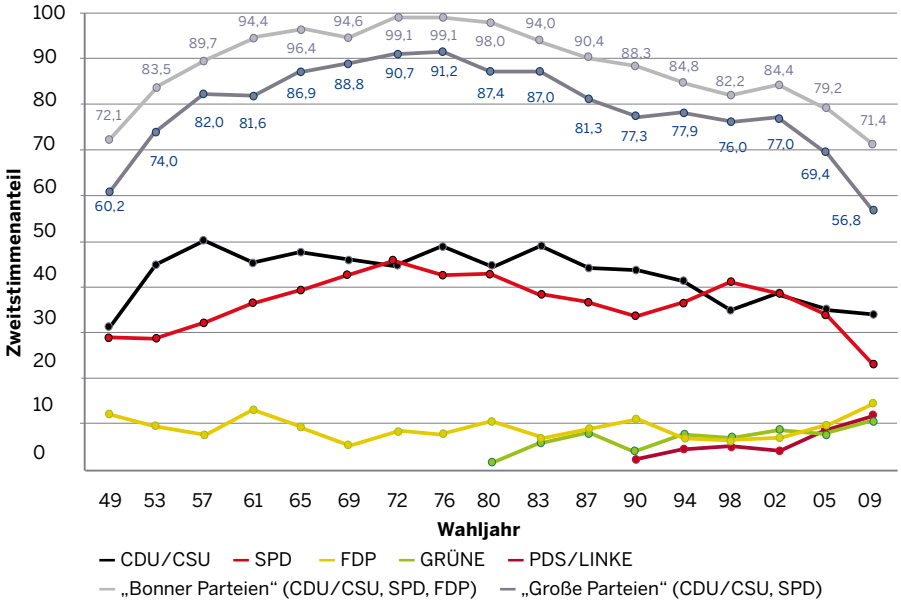
Daher stellt sich die Frage, wie schnelle politische Richtungswechsel und die Fluktuationen des Wählerwil-

lens zusammenhängen, was Ursache und was Wirkung ist. Zu klären wäre auch, ob es Wechselwirkungen oder gar wechselseitige Verstärkungen zwischen beiden Phänomenen gibt. Diese Fragen sind nicht leicht zu beantworten. Die einschlägige Forschung kann für jede vermutete Wirkungsrichtung mit empirischer Evidenz aufwarten, sodass man mit ziemlicher Sicherheit sagen kann, dass es *die* eine richtige Antwort nicht gibt. Was hier aber geleistet werden kann, ist ein Blick auf die strukturellen Ursachen der politischen Achterbahnfahrt, nämlich auf die seit Jahrzehnten bröckelnde soziale Verankerung der Parteien, die es den politischen Eliten ermöglicht – oder gar abverlangt – rasche Kurswechsel vorzunehmen. Hierzu zählen die Allianzen mit gesellschaftlichen Großgruppen, die Verankerung der Parteiorganisation im Netz von Nebenorganisationen sowie die Stärke der Parteimitgliedschaft.

Wichtig ist aus dieser Perspektive auch die langfristige Entwicklung des Parteiensystems. Auch hier gilt wieder, dass Ursache und Wirkung schwer zu trennen sind, doch steht außer Zweifel, dass Verschiebungen in der Tektonik des Parteiensystems Handlungsdruck bei den Parteieliten erzeugt. Der führt unter Umständen zu schnellen Kurswechseln, die wiederum die Verschiebung der Tektonik beschleunigen statt die Kräfteverhältnisse zu stabilisieren.

Das Parteiensystem Deutschlands – zurück in die Fünfziger?

Ein Indikator, der beschreibt, wie sich das Parteiensystem entwickelt, ist die „Bindungskraft" der für die deutsche Politik traditionell maßgeblichen Parteien. Diese sogenannten Bonner Parteien (CDU/CSU, SPD und FDP) haben in der Hochphase des funktionierenden Zweieinhalb-Parteiensystems fast alle Wählerstimmen



oben:

Abb. 1

Bundestagswahlergebnisse 1949–2009

auf sich vereinigt – und das bei einer historisch einmalig hohen Wahlbeteiligung. Abbildung 1 zeigt dies deutlich: Bei den Bundestagswahlen von 1972 und 1976 erreichten die Bonner Parteien 99,1 % der gültigen Stimmen bei über 90 % Wahlbeteiligung. Auch 1980 blieben die etablierten Parteien mit 98 % nur knapp unter der Rekordmarke der vorigen Wahlen. Mit anderen Worten: Fast alle Wähler unterstützten mit ihrer Stimmabgabe die drei prägenden Parteien.

Allerdings verbarg sich unter der Oberfläche des fast perfekten Zweieinhalb-Parteiensystems, das 1969 auch seine Fähigkeit zum friedlichen Machtwechsel unter Beweis gestellt hatte, zunehmende Unzufriedenheit, vor allem mit der Umweltpolitik und dem forcierten Ausbau der Kernenergie. Bei den Bundestagswahlen von 1980 profitierte das sozial-liberale Lager erheblich vom „Abschreckungseffekt“ der Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß. Schließlich hatten

schon kurz nach den Bundestagswahlen 1976 grüne und bunte Listen in Kommunalparlamenten die ersten Erfolge erzielt und 1980 erreichten die Grünen ihren wahlpolitischen Durchbruch in Baden-Württemberg, wo sie das erste Mal in einem großen Bundesland in den Landtag gewählt wurden (Müller-Rommel & Poguntke 1992). Das alte Parteiensystem hatte offensichtlich seine Fähigkeit verloren, alle wichtigen Interessen der Gesellschaft angemessen zu repräsentieren. Das Resultat dieser Repräsentationsschwäche war die Etablierung der Grünen.

In der eben beschriebenen Phase liegt der Wendepunkt in der Entwicklung des deutschen Parteiensystems. Nach einer Periode vergleichsweise starker Parteienzersplitterung in der frühen Nachkriegszeit hatte sich das Parteiensystem seit den 1960er-Jahren auf das Zweieinhalb-Parteien-Format zubewegt, das durch einfache Regierungsbildungen und hohe Regierungsstabilität bei gleichzeitiger Möglichkeit zum Regierungswechsel geprägt war (Poguntke 1999). Der FDP kam in diesem System die bisweilen unpopuläre Rolle des Züngleins an der Waage zu, also des Königsmachers und Königsmörders. Doch seit Beginn der 80er-Jahre fiel die Kurve der Wahlergebnisse der drei Bonner Parteien stetig ab. Die deutsche Einigung hat diese Entwicklung durch die Etablierung der PDS verstärkt, aber nicht ausgelöst. Vor allem ist die „Westausdehnung" der PDS, nun unter dem Namen Die Linke, primär das Resultat der nachlassenden Integrationsfähigkeit der Sozialdemokratie im Zuge ihrer Agenda-Politik (Spier et al. 2007).

Nimmt man eine Reihe von quantitativen Indikatoren, wird erkennbar, dass das deutsche Parteiensystem wieder in den 1950er-Jahren angekommen ist. Am deutlichsten zeigt sich das in der Bindungsfähigkeit der Großparteien (Niedermayer 1996), also ihrem gemeinsamen Stimmenanteil. Dieser lag bei den Bundestagswahlen von 2009 mit 56,8 % niedriger als 1949 mit 60,2 % (Abb. 1). Auch die verschiedenen Fragmentierungs-

indizes, die die in Deutschland besonders aufmerksam beobachtete Parteienzersplitterung messen, erreichen mittlerweile wieder die Werte der frühen 1950er-Jahre. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Unterstützung für die Demokratie so prekär wäre wie in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Parteien, die der parlamentarischen Demokratie ablehnend oder gar feindlich gegenüberstehen, sind im Bundestag bislang nicht vertreten. Auch bei den Wahlen zu den Länderparlamenten sind solche Parteien, in der Regel am rechtsextremen Rand verortet, über Einzelerfolge nicht hinausgekommen. Anders ausgedrückt, Fragmentierung geht nicht unbedingt mit ideologischer Polarisierung einher, und deshalb sind auch die in der Publizistik beliebten bangen Fragen nach „Weimar“ fehl am Platze.

Anker im Treibsand

Die deutsche Parteiendemokratie droht also nicht von den Extremen in die Zange genommen zu werden. Gefährlicher ist die „Emigration“ aus der Parteiendemokratie, die bei Teilen der Bevölkerung, vor allem bei den Jüngeren, deutlich sichtbar wird. Hier ist zunächst die sinkende Wahlbeteiligung zu nennen, die sich in einigen Bundesländern bisweilen der 50-Prozent-Marke angenähert hat. Auch bei den Bundestagswahlen ist die Wahlbeteiligung inzwischen unter das Niveau der unmittelbaren Nachkriegszeit abgesunken. Zwar sind 70,8 % bei den Wahlen von 2009 im internationalen Vergleich kein außergewöhnlich niedriger Wert. Im Vergleich zur Hochphase der Bindungskraft des Parteiensystems, als die Wahlbeteiligung über 90 % lag, ist der Rückgang jedoch erheblich. Die Kombination von nachlassendem Wahlerfolg mit sinkender Wahlbeteiligung zeigt, auf die Wahlbevölkerung gerechnet, wie groß die Verluste für die Großparteien tatsächlich sind.

Noch dramatischer wird die Situation, wenn wir die Entwicklung der Parteimitgliedschaft betrachten. Parteimitglieder stellen zweifellos die stabilste Verankerung einer Partei in der Gesellschaft dar. Über die eigene Parteiorganisation können die Eliten die politischen Wünsche ihrer Wählerschaft wahrnehmen und gleichzeitig um Unterstützung für ihre Politik werben. Eine aktive und große Mitgliederorganisation begünstigt es, Entschlüsse auch gegen Widerstände durchzusetzen. Berechenbare und langfristig angelegte Politik wird leichter, wenn sich die Parteieliten auf eine starke und stabile Basis verlassen können (Poguntke 2000). In den vergangen Jahren haben die Lager allerdings Erosionsprozesse durchlaufen, die sich direkt an der Entwicklung der Mitgliederzahlen ablesen lassen. Verglichen mit der Kulminationsphase parteipolitischer Stabilität in den 70er-Jahren, die auch durch die im Zeitverlauf höchsten Mitgliederzahlen gekennzeichnet war, ist zum Beispiel die SPD nur noch halb so groß – und das in einer deutlich größeren Bundesrepublik. Auch die anderen Parteien waren ähnlichem Mitgliederschwund ausgesetzt, wobei

temporäre Rekrutierungserfolge keine grundsätzliche Trendwende anzeigen (Niedermayer 2010). Vielmehr handelt es sich um einen Trend, der alle europäischen Demokratien erfasst hat. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, ist die Parteimitgliedschaft, bezogen auf die Wahlbevölkerung, stark rückläufig (van Biezen et al. 2012). Die Rekrutierungsschwäche der Parteien hat zwangsläufig eine Überalterung der Parteimitgliedschaften zur Folge. Auch die Grünen sind inzwischen deutlich ergraut, und ob es den Piraten gelingen wird, dauerhaft junge Menschen für die Parteipolitik zu gewinnen, ist zumindest zweifelhaft.

Den Parteien fehlt es nicht an Menschen, die in und durch Parteien Karriere machen wollen. Neuere Studien deuten an, dass diese Beitrittsmotivation häufiger anzutreffen ist als in der Vergangenheit (Spier et al. 2011). Im Umkehrschluss bedeutet das allerdings, dass es der Parteiendemokratie zunehmend an Menschen fehlt, die sich um der Sache selbst willen engagieren. Die programmatisch orientierten Parteiaktivisten halten ihre Parteien „auf Kurs" – daher das Bild vom Tanker –, doch ihre Zahl hat sich verringert.

Ähnlich ergeht es der anderen traditionellen Verankerung von Parteien in der Gesellschaft, nämlich den historisch gewachsenen Allianzen mit gesellschaftlichen Großorganisationen, vor allem den Gewerkschaften und Kirchen. Einerseits sind diese Allianzen auf der Ebene der Eliten schwächer geworden – man erinnere sich an die Papst-Kritik von Kanzlerin Angela Merkel –, andererseits ist die interne Verpflichtungsfähigkeit dieser Großorganisationen zurückgegangen. Für die meisten Menschen ist Kirchenmitgliedschaft schon lange nicht mehr mit einer besonderen Orientierung an den Vorgaben der Kirchenhierarchie gleichbedeutend, und Gewerkschaftsmitgliedschaft entspringt oft weniger einem Klassenbewusstseins als dem Wunsch, bestimmte Leistungen in Anspruch nehmen zu können.

Steuern auf der Achterbahn

Was folgt daraus für die Parteien und ihre Eliten? Die gesellschaftliche Verankerung der Parteien ist schwächer geworden. Dies ist das Resultat eines doppelten Prozesses: Einerseits sind die traditionellen Milieus, die den Großparteien Halt gaben und bisweilen auch Unbeweglichkeit zur Folge hatten, zahlenmäßig geschrumpft. Die sprichwörtliche katholische Bauersfrau vom Lande ist nicht ausgestorben, aber selten geworden. Gleiches gilt für den gewerkschaftlich gebundenen Industriearbeiter im Ruhrgebiet. Andererseits hat die interne Integration dieser Milieus deutlich nachgelassen. Um im Bilde zu bleiben: Die katholische Bauersfrau lebt womöglich ohne Trauschein mit dem Vater ihrer Kinder zusammen und betreibt ökologischen Landbau.

Diese zunehmende Ungewissheit über die eigene Kernklientel betrifft übrigens auch die Grünen. Konnten sie zu Beginn ihrer wahlpolitischen Erfolge auf die Unterstützung eines vergleichsweise homogenen grünen Milieus zählen, so fährt inzwischen ein nicht unbeträchtlicher Teil der grünen Wählerschaft mit der Hybridlimousine zum Biobauern. Will sagen: Auch die grüne Wählerschaft rekrutiert sich heute aus unterschiedlichen sozialen Gruppen mit heterogenen Interessenlagen. Diese Prozesse gesellschaftlicher Heterogenisierung vermindern strukturell die Gewissheit der Parteien, welche Interessen ihrer Wählerschaft primär zu vertreten sind.

Gleichzeitig hat die fortschreitende europäische Integration dazu beigetragen, dass die nationalen Parteieliten zunehmend weniger Herr im eigenen Haus sind. Die Euro-Krise hat wie im Vergrößerungsglas gezeigt, wie der politische Entscheidungsprozess in der EU, der die nationale Politik zunehmend bestimmt, strukturiert ist. Wichtige Entscheidungen fallen auf europäischer Ebene, werden dort zwischen Regierungsvertretern ausgehandelt, die ihre Verhandlungsergebnisse dann

den nationalen Parteien und Parlamenten als die einzig mögliche Lösung präsentieren. Diese Einengung nationaler Spielräume – und damit auch der glaubhaften Varianten hinsichtlich politischer Lösungsmöglichkeiten – steigert die Versuchung, die reale Alternativlosigkeit durch die Flucht in populistische Argumentationsmuster zu überdecken. Anders als in vielen Nachbarländern ist die deutsche Politik hiervon weitgehend verschont geblieben. Doch gerade in der Euro-Krise waren, auch aus den Reihen der etablierten Parteien, zunehmend Stimmen zu vernehmen, die scheinbar einfachen Lösungen das Wort redeten.

Die bisweilen hektischen Kurswechsel der Parteien erklären sich aus dieser Perspektive ebenfalls: Die eigenen, genuinen Steuerungsmöglichkeiten wurden durch die Euro-Krise, die Globalisierung und die europäische Integration erheblich eingeschränkt. Gleichzeitig ist die Sicherheit über die maßgeblichen Wünsche und Interessen der eigenen Wählerschaft gesunken. Was bleibt, ist der Versuch, Handlungsfähigkeit und Lösungskompetenz durch Kurswechsel zu signalisieren und so wahlpolitische Unterstützung zu generieren. Allerdings gleichen die Kurswechsel bisweilen tatsächlich der Fahrt auf der Achterbahn – dort ist der Kurs nämlich vorgegeben.

Literatur

Glotz, Peter (1982): *Die Beweglichkeit des Tankers. Die Sozialdemokratie zwischen Staat und neuen sozialen Bewegungen.* München.

Müller-Rommel, Ferdinand & Poguntke, Thomas (1992): Die Grünen. In: Mintzel, Alf & Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.* Opladen.

Niedermayer, Oskar (1996): Zur systematischen Analyse der Entwicklung von Parteiensystemen. In: Gabriel, Oscar W. & Falter, Jürgen W. (Hrsg.): *Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien.* Frankfurt am Main u. a.

Niedermayer, Oskar (2010): Die Entwicklung der Parteimitgliedschaft von 1990 bis 2009. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 41/2**,** S. 421–427.

Poguntke, Thomas (1999): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Von Krise zu Krise? In: Ellwein, T. & Holtmann, E. (Hrsg.): *50 Jahre Bundesrepublik. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven (PVS-Sonderheft 30).* Opladen.

Poguntke, Thomas (2000): *Parteiorganisation im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich.* Wiesbaden.

Poguntke, Thomas (2011): Ratlose Zwerge. Sind die Volksparteien am Ende? In: Bytzek, E. & Roßteutscher, S. (Hrsg.): *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen.* Frankfurt/New York.

Spier, Tim, Butzlaff, Felix, Micus, Matthias & Walter, Franz (Hrsg.) (2007): *Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?* Wiesbaden.

Spier, Tim, Klein, Markus, Alemann, Ulrich v., Hoffmann, Hana, Laux, Annika, Nonnenmacher, Alexandra & Rohrbach, Katharina (Hrsg.) (2011): *Parteimitglieder in Deutschland – Ergebnisse der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009.* Wiesbaden.

van Biezen, Ingrid, Mair, Peter & Poguntke, Thomas (2012): Going, Going, … Gone? The Decline of Party Membership in Contemporary Europe. *European Journal of Political Research* 51/1, S. 24–56.

Populistische Parteien in Deutschland: Auf ewig erfolglos?

Viola Neu

Der Begriff des Populismus

Zu den deutschen Besonderheiten zählt, dass sich bislang populistische Parteien nicht etablieren konnten. Zwar gab es einige Wahlerfolge recht unterschiedlicher Parteien, von einer Etablierung kann hingegen nicht die Rede sein. Kurzfristige regional begrenzte Erfolge wiesen der AfB (Arbeit für Bremen), die Statt- sowie die Schill-Partei auf. Die Republikaner und die DVU hatten zu unterschiedlichen Zeiten parlamentarische Repräsentanz, ohne dass ihnen eine dauerhafte Verankerung im Parteiensystem geglückt ist. In anderen europäischen Ländern, unabhängig vom Wahlsystem, finden rechts- wie linkspopulistische Parteien hingegen Resonanz. Allerdings stößt bereits die Klassifikation der Parteien, ob sie dem Populismus oder dem Extremismus zugeordnet werden können, auf Schwierigkeiten. Gerade in einem aktuellen Band (Jesse & Thieme 2011) wird deutlich, wie schwierig die Grenzziehung häufig wird. Die Extremismen werden nach ihrem Intensitätsgrad differenziert, wodurch zwischen „harten“ und „weichen bzw. schwachen“ Varianten unterschieden wird. Dadurch entstehen Korridore, bei denen Parteien nicht mehr klar eingeordnet werden, da eine Reihe der Parteien auch unter der Rubrik „Rechtspopulismus“ oder „neue oder radikale Rechte“ sowie unter dem Phänomen Rechtsex-

tremismus bereits untersucht wurden. Auch über einige der linksextremen/linkspopulistischen Parteien liegen Untersuchungen vor. Dadurch entsteht ein Überschneidungsbereich, da die Grenze zwischen den häufig unter dem Begriff „Populismus“ firmierenden Parteien und denen, die unter „Extremismus“ behandelt werden, recht fließend ist. Zweifellos gibt es extremistische Parteien, die nicht dem Populismus zugeordnet werden können (wie z. B. die deutsche NPD). Bei anderen Parteien ist Extremismus und Populismus eine Allianz eingegangen, wie bei dem Front National. Zudem gibt es Parteien, die kaum extremistische, dafür aber populistische Merkmale aufweisen.

Die Differenzierung von Extremismus, Radikalismus und Populismus wird selten unternommen (Everts 2000, S. 43 ff.). Häufig werden die Begriffe nebeneinander benutzt. Aus politikwissenschaftlicher wie aus juristischer Sicht erscheint als zentrales Unterscheidungskriterium zwischen Extremismus und Radikalismus die

Zielebene. Politischer Radikalismus umfasst „Positionen und Ziele, die nicht eindeutig auf die Beseitigung zentraler Bestandteile der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gerichtet sind“ (Lepszy & Veen 1993, S. 3), während politischer Extremismus mit der Ablehnung des demokratischen Wesengehalts gleichzusetzen ist und somit grundsätzlich die Überwindung des demokratischen Verfassungsstaates im Visier hat. Auf der Mittelebene ist eine Unterscheidung weniger eindeutig. Die Anwendung von Gewalt bzw. die Gewaltbereitschaft kann ebenso Merkmal des Radikalismus als auch des Extremismus sein. Der Populismus würde hingegen die Gewaltfrage nicht bejahen.

Die inhaltliche Ausrichtung des Populismus

Eine einheitliche Vorstellung über den Stellenwert von Populismus liegt bislang ebenso wenig vor wie eine inhaltlich präzise Definition, welche Elemente unverzichtbare Bestandteile von Populismus sind. Zudem ist eine Konzentration auf rechtspopulistische Parteien nicht zu übersehen (Decker 2006). Linkspopulismus bleibt hingegen weitgehend unbeachtet (Spier 2007, S. 191–215). Dem Populismus liegt kein geschlossenes einheitliches Gedankengebäude zugrunde. Daraus erklärt sich, dass äußerst heterogene Bewegungen, wie zum Beispiel der Peronismus in Argentinien, die Narodniki in Russland, die Peoples Party in den USA oder die FPÖ in Österreich, mit dem Attribut des Populismus belegt wurden. Sowohl der italienische als auch der deutsche Faschismus hatten vor allem in ihren Frühphasen starke populistische, aber zugleich auch linke Momente. Auch extremistische Organisationen und Parteien geben sich durchaus populistisch. Und natürlich sind auch demokratische Bewegungen und Organisationen nicht frei von Populismus. Populismus wird im Alltagsgebrauch als eine popula-

ritätsheischende Politik verstanden. Häufig wird auch behauptet, sie folge den öffentlichen Mehrheiten, wie sie in Meinungsumfragen zu finden sind, und rede somit den Leuten nach dem Mund. Die Differenziertheit und Spezifik der populistischen Bewegungen, Organisationen oder Parteien führte dazu, dass der überwiegende Teil der Populismusforschung konkrete Erscheinungsformen analysiert, die als „populistisch" gelten.

Ein Anspruch auf eine eigenständige politische Doktrin oder Ideologie kommt dem Populismus nicht zu. Er tritt vielmehr als Element politischer Politikformen auf. Populismus wird dementsprechend von Backes nicht als eigenständige Theorie eingestuft, sondern als ein „locker geknüpftes Netz bestimmter ideologischer Grundelemente, in das ganz verschiedene, ja widersprüchliche Programmpunkte eingefügt werden (können)" (Backes 1989, S. 220).

Die inhaltliche Dimension des Populismus ist, da er gleichsam „rechter" wie „linker" Provenienz sein kann, schwer zu fassen. Hartleb hat vier Dimensionen herauskristallisiert, die allen Populismen gemein sind (Hartleb 2011): Gemeinsam ist den rechten wie linken Populismen die Vorstellung einer Identität von Regierenden und Regierten, welche durch die jeweiligen Machtverhältnisse und Herrschaftsstrukturen verhindert wird. „Populismus vereinfacht und konstruiert einen direkten Gegensatz zwischen einem als homogen verstandenen Volk und dem Establishment" (Hartleb 2011, S. 19). Es handelt sich also immer um eine Bewegung gegen „die da oben" und somit um die Mobilisierung einer antielitären Stimmung. Im Gegensatz zu dem „Populismus" im täglichen politischen Alltag sind Tabubrüche typisch für den politischen Populismus. Diese werden damit begründet, dass sie die „eigentlichen" Meinungen der Bevölkerung widerspiegeln würden, eine Argumentation, die sich auch bei Extremismen regelmäßig findet. Die Legitimationsbasis des Populismus ist das vermeintliche Wissen um die

„wahren“ oder eigentlichen Bedürfnisse „des Volkes“. Als zweite Dimension beschreibt Hartleb, dass Populismus sich immer „als eine Art Anti-Ismus“ versteht (Hartleb 2011, S. 20). Dabei sind die Feindbilder jedoch austauschbar. Zu den wichtigsten Dimensionen für die Rückkoppelung auf dem Wählermarkt ist sicherlich die personelle zu zählen. „Ein eloquenter und charismatischer Anführer macht sich häufig zum Sprecher der populistischen Bewegung, zum Anwalt des ‚Volkswillens‘, der in Robin-Hood-Manier gegen das Establishment kämpft“ (Hartleb 2011, S. 20). Als letzte Dimension arbeitet Hartleb die enge Verbindung und Abhängigkeit des Populismus mit den Massenmedien heraus. Darauf aufbauend sieht er eine horizontale Dimension, die sich gegen die „Anderen“ (z. B. Immigranten, Ausländer) abgrenzt, sowie eine vertikale Dimension, die sich gegen die politische Klasse und etablierten Mechanismen der Demokratie distanziert.

Populismus in Deutschland

Nun ist es für den deutschen Fall schwierig, über die „Gefahren“ des Populismus zu diskutieren, wenn alle bisher bekannten Phänomene entweder zeitlich oder räumlich begrenzt waren. Nichtsdestotrotz lässt sich hieraus keine Immunität Deutschlands gegenüber populistischen Parteien oder Bewegungen schlussfolgern (Decker & Hartleb 2006, S. 211 ff.). In allen demokratischen Gesellschaften ist generell die Möglichkeit einer rechts- oder linkspopulistischen Verankerung im Parteiensystem denkbar. Rechtspopulistische Parteien haben es in Deutschland bislang schwerer als in anderen europäischen Staaten, da die nationalsozialistische Vergangenheit in der medialen Öffentlichkeit eine besondere Sensibilität entwickelt hat. Dies gilt gleichermaßen für rechtsextreme Parteien, die ständig gegen das Stigma, in

die Nähe des Nationalsozialismus gerückt zu werden, zu kämpfen haben. Auch die Versuche der PDS/Die Linke, mit Populismen zu reüssieren, zeigten nur einen bescheidenen Erfolg und sind eng mit der Ausstrahlung ihres ehemaligen Vorsitzenden Oskar Lafontaine verknüpft.

Zwar gilt dieser Vorbehalt überwiegend in den alten Ländern, doch fällt es der NPD auch in den neuen Ländern mehr als schwer, ein größeres Wählerpotential an sich zu binden. Ähnlich wie im rechtsextremen Spektrum zerfällt auch das rechtspopulistische Spektrum in mehrere Segmente, so dass die Zersplitterung in Kleinst-Parteien typisch ist. Ein tragfähiges Thema, das unter einem „Anti“ alle vereint, ist nicht in Sicht. Das Gleiche gilt für einen „charismatischen“ Politiker, der in einer Allianz mit den Massenmedien zu Bekanntheit und Wahlerfolgen kommt.

Da die charismatische Führung ein Wesenselement des Populismus ist, reichen einzelne Versuche, Themen populistisch zu deuten bzw. zu drehen, nicht aus, Resonanz aufzubauen. Zudem greifen auch gerade die Volksparteien in ihrer Vielfältigkeit populistisch nutzbare Themen auf, sodass nicht von einer Vernachlässigung dieser Themenfelder gesprochen werden kann. So diskutieren gerade die etablierten Parteien, die die Zielscheibe populistischer Angriffe sind, fast alle Themen, die sich Populisten aneignen könnten. Die etablierten Parteien bieten darüber hinaus zumeist für die Mehrheit der Bürger akzeptable Lösungen an, sodass sich das programmatische Handlungsfeld potentieller Populisten erheblich verengt. Betrachtet man das Engagement in den „kleineren“ Parteien (es müssen nicht nur populistische sein), ist auffällig, dass viele Protagonisten bereits über Erfahrungen in anderen Parteien verfügen und ihr Engagement dort nicht die von ihnen gewünschte Wirkung entfaltete. So finden sich gerade hier häufig Personen, deren politische Fähigkeiten eher eingeschränkt sind. Bedenkt man unter diesen

Gesichtspunkten die hohen Hürden, die an Parteien für Wahlen gestellt werden, und die erheblichen Probleme, die der Aufbau funktionierender Organisationseinheiten mit sich bringt, ist die Wahrscheinlichkeit der Etablierung solcher Parteien ausgesprochen niedrig. Ohne die Piraten dem Populismus zuzuordnen, gelangen sie nach den gewonnen Landtagswahlen jetzt in die Phase, wo systematische Organisation einen höheren Stellenwert bekommt als lose strukturierte Beteiligungsformen.

Zweifellos sind die Herausforderungen extremistischer Parteien und Organisationen für die Bundesrepublik ernstzunehmender als die durch populistische Parteien oder Organisationen. Gerade die Debatte um den Salafismus als Brutstätte möglicher terroristischer Anschläge hat dies verdeutlicht. Zudem scheint eine Analogie zum zivilgesellschaftlichen Kampf gegen den Rechts- oder Linksextremismus weit hergeholt. Da unklar ist, welche inhaltliche Form Populismus in Deutschland annehmen könnte, ist ein Wappnen durch entsprechende gesellschaftliche Diskurse ebenfalls schwierig.

Gelänge es heute, ein potentielles Thema der Populismus-Hydra abzuschlagen, können morgen schon wieder neue Themen die politische Agenda bestimmen. Denkt man in Szenarien, könnte in Folge bestimmter Ereignisse eine Basis für populistische Organisationen erwachsen. Man könnte dabei an terroristische Anschläge von Islamisten in Deutschland denken. Doch zeigt gerade das Thema Umgang mit dem Islam, dass die öffentliche Meinung durchaus zwischen Terroristen, die im Namen einer Ideologie handeln, und gläubigen Muslimen zu unterscheiden weiß. Selbst die Versuche, den Bau von Moscheen zu verhindern, hat zwar lokal für einiges Aufsehen gesorgt, doch bei Weitem nicht ausgereicht, um von einer Stimmung zu sprechen, die sich grundsätzlich gegen den Islam wendet. Fremden- oder Migrantenfeindlichkeit steht zwar im Mittelpunkt der rechtsextremen Propaganda, doch ist auch hier keine

grundsätzliche Xenophobie in der öffentlichen Meinung zu erkennen, an die Populisten anknüpfen könnten. Das Schicksal der Freien Wähler, die versuchen, mit einer Anti-Euro-Kampagne Stimmen zu gewinnen, ist derzeit noch offen. Doch scheint auch diese Kampagne bisher nicht auf größere Resonanz zu stoßen. Die Mobilisierungsfähigkeiten der Pro-Köln (Pro-NRW), Bürger in Wut, Die Freiheit (René Stadtkewitz) dürften den Zenit längst überschritten haben. Wahrscheinlich werden wir es in Zukunft vermehrt mit politisch konkretem Protest zu tun haben, wie es bei dem Projekt „Stuttgart 21" zu sehen war, als dass eine populistische Herausforderung droht.

Literatur

Backes, Uwe (1989): *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*. Opladen.

Decker, Frank (Hrsg.) (2006): *Populismus. Gefahr für die Demokratie.* Wiesbaden.

Decker, Frank & Hartleb, Florian (2006): Populismus auf schwierigem Terrain. Die rechten und die linken Herausforderungen in der Bundesrepublik. In: Decker, Frank (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie.* Wiesbaden. S. 191–215.

Everts, Carmen (2000): *Politischer Extremismus. Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS.* Berlin.

Hartleb, Florian (2011): *Nach ihrer Etablierung – Rechtspopulistische Parteien in Europa. Begriff – Strategie – Wirkung.* Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). Berlin.

Jesse, Eckhard & Thieme, Tom (Hrsg.) (2011): *Extremismus in den EU-Staaten.* Wiesbaden.

Lepszy, Norbert & Veen, Hans-Joachim (in Zusammenarbeit mit Stefan Beil) (1993): „Republikaner“ und DVU in kommunalen und Landesparlamenten sowie im Europaparlament, Bereich Forschung und Beratung der Konrad-Adenauer Stiftung, *Interne Studien* Nr. 63/1993, Erweiterte II. Fassung. Sankt Augustin.

Spier, Tim (2007): Ausnahmeerscheinung oder Normalität? Linksparteien in Westeuropa. In: Spier, Tim, Butzlaff, Felix, Micus, Matthias & Walter, Franz (Hrsg.): *Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft.* S. 71–116.

Ohne Volksparteien – na und? Ein Blick in die Niederlande

Paul Dekker und Tom van der Meer

Wo ist das Problem?

Vor dem Hintergrund der in Deutschland empfundenen „Krise der Volksparteien“ und dem damit verbundenen drohenden Heranwachsen von „populistischen Parteien“ ist der Blick auf das Parteiensystem der Niederlande aufschlussreich. Dort sind fast alle Parteien Volksparteien in dem Sinne, dass sie programmatisch auf die gesamte Bevölkerung und nicht nur auf bestimmte Schichten abzielen. Einige dieser Parteien, wie die PvdA (siehe Kasten S. 50), hatten sich ursprünglich nur für die Interessen bestimmter Schichten oder Klassen eingesetzt, bevor sie sich für die breite Bevölkerung öffneten. Es gab und gibt Parteien, die sich Volksparteien nennen: früher die KVP, die EVP und die Splitterpartei RVP (Katholieke, Evangelische bzw. Rechtse/Republikeinse Volkspartij), heute die VVD. Während sich der deutsche Diskurs um „Volksparteien“ versus „populistische Parteien“ dreht, konzentriert sich der niederländische auf alte „Parteien der Mitte“/„etablierte Parteien“ versus neue „Parteien am Rande“ (die nicht unbedingt extrem links oder rechts, sondern vielmehr auf bestimmte Schwerpunktthemen ausgerichtet sind). Während man sich in Deutschland um die bedrohte Position der Volksparteien sorgt, befürchtet man in den Niederlanden eher eine Schwächung der Mitte und, damit einhergehend, die Zersplitterung der

Parteienlandschaft, die zur Unregierbarkeit des Landes führen könnte.

Warum aber sollte man die schwindende Bedeutung der einstmals großen Parteien des Volkes und der Mitte überhaupt als problematisch empfinden? Wenn sich die Welt, die sozialen Werte und die politischen Präferenzen ändern, wäre es doch folgerichtig, dass sich auch die Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien und die Parteienkonstellationen ändern. Der Kern der Besorgnis liegt wohl eigentlich darin, dass der Bedeutungsverlust der etablierten Parteien auf eine Krise des gesamten parteipolitisch fundierten parlamentarischen Systems hindeuten könnte. Die neuen Parteien könnten flüchtig

Parteien, die in der 2010 gewählten Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments vertreten sind (150 Sitze)		
CDA	Christen Democratisch Appel	Christdemokraten (21)
CU	Christen Unie	Christen-Union (5)
D66	Democraten 66	Linksliberale (10)
GL	GroenLinks	Grüne Linke (10)
PvdA	Partij van de Arbeid	Sozialdemokraten (30)
PvdD	Partij van de Dieren	Tierschutzpartei (2)
PVV	Partij voor de Vrijheid	Partei für die Freiheit (24-1 ausgetreten)
SGP	Staatkundig Gereformeerde Partij	orthodoxe Calvinisten (2)
SP	Socialistische Partij	Sozialisten (15)
VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie	Rechtsliberale (31)

sein, dem Wähler nur unzureichende Orientierung bieten und keine stabile Integration von Wünschen und Gruppeninteressen gewährleisten.

In diesem Beitrag soll empirisch untersucht werden, inwieweit diese Befürchtungen gerechtfertigt sind. Anhand von Umfragedaten aus verschiedenen Quellen werden vier Fragen gestellt:

- Hat das Vertrauen in die politischen Parteien abgenommen?
- Werden weniger Unterschiede zwischen Parteien wahrgenommen?
- Sind die Wähler Flugsand geworden?
- Wächst der Abstand zwischen Wählern und Parteien?

Hat das Vertrauen in die politischen Parteien abgenommen?

Ein wichtiger Hinweis auf die Berechtigung der Befürchtungen wäre ein Rückgang des Vertrauens in die politischen Parteien. In Abbildung 1 werden die Entwicklungen für Parteien, Parlament, Regierung und Justiz von 1997 bis 2011 dargestellt.

Von diesen vier Institutionen wird den politischen Parteien ständig das geringste Vertrauen entgegengebracht, allerdings ohne ernsthaften Abwärtstrend. Die größten Schwankungen verzeichnen Parlament und Regierung, deren Kurven fast parallel verlaufen – teilweise, weil viele Befragte kaum einen Unterschied zwischen beiden sehen. Meist erklären sich die Schwankungen aus politischen Ereignissen: der Höhepunkt nach dem 11. September 2001, der längere Rückgang nach der Ermordung von Fortuyn 2002, die Höhepunkte beim Antreten einer neuen Regierung Anfang 2007 und beim Ergreifen von Maßnahmen gegen die Bankenkrise Ende 2008. Das Vertrauen in die politischen Parteien folgt diesen

Entwicklungen ungefähr (keine Messung Anfang 2007). Politische Parteien sind gegenwärtig nicht populär, doch das waren sie in früheren Zeiten auch nicht, und im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ist das Urteil der niederländischen Öffentlichkeit noch milde.

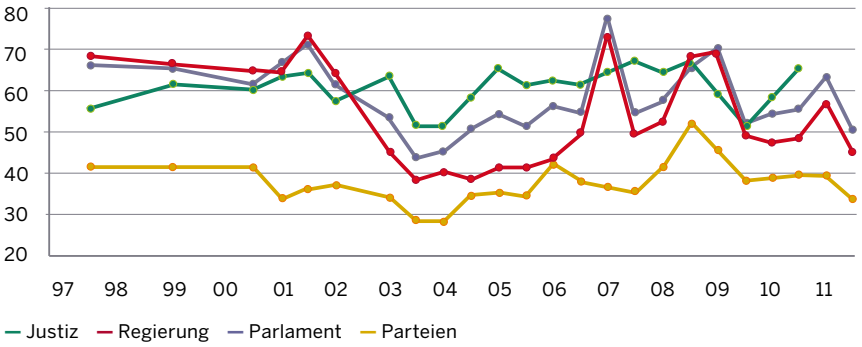
Das Vertrauen in die politischen Parteien ist also nicht rückläufig. Um zu prüfen, ob die öffentliche Meinung über Parteien und Politiker im Allgemeinen vielleicht doch einem Abwärtstrend unterliegt, sollen weitere Indikatoren berücksichtigt werden. Tabelle 1 stellt dar, inwiefern Wahlberechtigte über einen längeren Zeitraum vier Thesen zugestimmt haben.

Seit 1977 stimmt ungefähr die Hälfte der Wahlberechtigten der Aussage zu, dass Parteien nur an ihren Stimmen und nicht an ihren Meinungen interessiert wären und dass „Menschen wie ich“ nicht gehört würden und keinerlei Einfluss hätten. Bei den Parlamentswahlen 2002, kurz nach der Ermordung von Fortuyn, war man vorübergehend pessimistischer als sonst. 1972 war die Stimmung auf dem Tiefpunkt. Die These, dass Politiker zu viel versprechen, wurde 1977 erstmals untersucht und ist seitdem ständig populärer geworden. Insgesamt lässt

unten:

Abb.1

Entwicklung des politischen Vertrauens in den Niederlanden, 1997–2011



Quelle: Eurobarometerumfragen Herbst 1997 bis Herbst 2011

% Zustimmung	1972	1977	1981	1986	1989	1994	1998	2002	2003	2006	2010
„Die politischen Parteien interessieren sich nur für meine Wählerstimme, nicht für meine Meinung“	64	53	53	49	46	52	52	59	48	51	52
„Parlamentarier kümmern sich nicht um die Meinung von Menschen wie mir“	59	48	44	43	41	44	41	52	40	40	40
„Menschen wie ich haben keinerlei Einfluss auf die Politik der Regierung“	65	51	52	52	49	47	46	46	42	44	49
„Wider besseres Wissen versprechen Politiker mehr als sie wahr machen können“	–	78	82	86	85	91	89	91	89	93	92

Quelle: Nationale Kiezersonderzoeken 1972–2010

oben:
Tab.1
Politikverdrossenheit 1972–2010 (in % der Wahlberechtigten)

sich jedoch kein Beleg dafür finden, dass das Vertrauen in die Parteien und die Politik grundsätzlich zurückgegangen ist. Hingegen bestätigt sich, dass sie nie beliebt waren.

Werden weniger Unterschiede zwischen Parteien wahrgenommen?

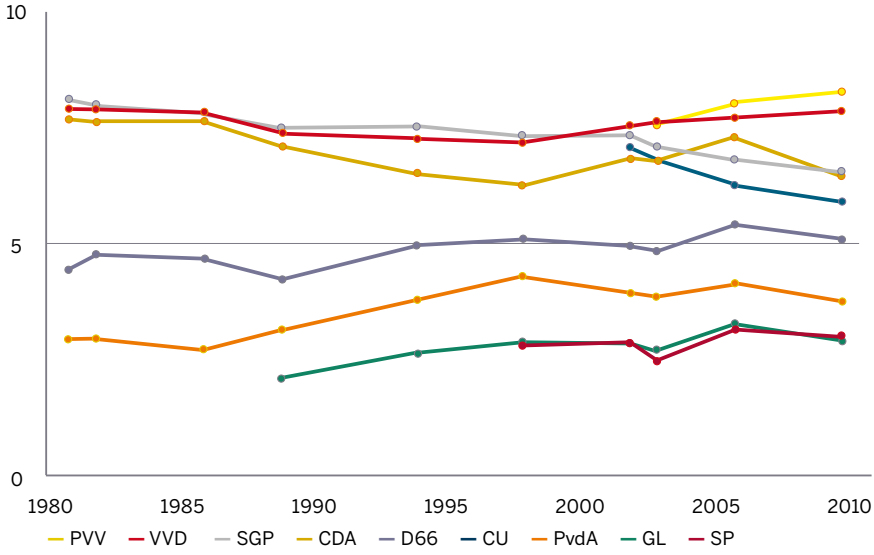
Abbildung 2 stellt die durchschnittliche Wählerwahrnehmung der ideologischen Positionen der wichtigsten politischen Parteien in den Niederlanden seit 1981 dar.

Die Teilnehmerinnen der Wahlumfragen wurden gebeten, Parteien auf einer Linie von 0 („links“) bis 10 („rechts“) spontan einzuordnen: „In der Politik ist manchmal die Rede von links und rechts. Bitte geben Sie anhand dieser Karte an, in welchem Maße eine Partei Ihrer Ansicht nach links oder rechts ist.“ So ergeben sich für die einzelnen Parteien die von den Wählern wahrgenommenen Links-Rechts-Positionen.

In der öffentlichen Wahrnehmung haben sich die Mitteparteien, insbesondere CDA und PvdA, immer weiter zur Mitte bewegt. Sie unterscheiden sich in ideologischer Hinsicht demnach weniger stark voneinander als zuvor. Nur bei der ebenfalls etablierten VVD ist diese Entwicklung nicht zu beobachten. Auch die anderen Parteien, wie die Socialistische Partij, GroenLinks, ChristenUnie und D66, sind weiter in die Mitte gerückt; der Newcomer PVV bildet eine Ausnahme. Aus Sicht der niederländischen Wähler weisen die Parteien seit den 1980er-Jahren insgesamt geringere ideologische Differenzen auf.

unten:

Abb. 2
Durchschnittliche Links-Rechts-Positionen der politischen Parteien in der Wahrnehmung der Wahlberechtigten
Positionen zwischen 0 = links und 10 = rechts



Quelle: Nationale Kiezersonderzoeken 1981–2010

Sind die Wähler Flugsand geworden?

Die ideologische Angleichung der Parteien macht sie austauschbarer. Kommt dies in der Volatilität der niederländischen Wählerschaft zum Ausdruck? Schon seit 1994 sind die niederländischen Wahlen die unberechenbarsten in Westeuropa. Der niederländische Soziologe Kees Schuyt formulierte dieses Phänomen vor den Parlamentswahlen im Jahr 2003 folgendermaßen: „Die niederländischen Wähler sind wie Flugsand. Beim geringsten Luftzug wehen sie in alle Himmelsrichtungen."

In Tabelle 2 wird für die einzelnen Parteien dargestellt, wie viel Prozent der Wähler zwischen 2006 und 2010 mindestens einmal erwogen haben, ihre Stimme einer anderen Partei zu geben. Die Ergebnisse zeigen, dass die Wähler nicht launisch sind: Sie bleiben zwar nicht mehr einer einzigen Partei treu, jedoch einem Block ideologisch gleich gesinnter Parteien. Die Parteien konkurrieren also hauptsächlich mit Parteien, die ihnen ähnlich sind. Es gibt einen linken (PvdA, SP, GL) und einen rechten Block (CDA, VVD, PVV und die kurzlebige Bewegung ToN – Trots op Nederland); mittendrin ist D66 angesiedelt.

Bemerkenswert sind die geringen Wählerströme zwischen den traditionellen Mitteparteien PvdA und CDA. Trotz der Tatsache, dass ihr Profil verblasst ist, findet nahezu kein Wähleraustausch zwischen ihnen statt. Aus der Wählerperspektive ist die Mitte mindestens schon seit 2006 verriegelt: Nur D66 kann noch in gewisser Weise Anspruch auf die zentrale Rolle in der Wählermitte erheben.

Parteien, deren Wahl einmal erwogen wurde	Wähler bei den Parlamentswahlen von 2010										
	SP	GL	PvdA	D66	CU	CDA	VVD	PVV	PvdD	SGP	Nicht
SP	93,0	27,4	31,5	12,6	6,1	4,3	5,0	13,4	13,5	7,0	29,0
GL	16,9	90,5	22,7	12,2	5,0	1,9	2,6	1,8	14,3	1,2	10,7
PvdA	17,5	24,6	90,5	19,0	5,0	5,8	5,3	4,9	5,2	0,0	16,8
D66	20,2	33,2	36,7	96,2	7,2	10,4	23,5	5,5	12,2	2,3	25,7
CU	3,1	5,8	3,7	3,7	95,3	9,7	2,0	2,1	2,2	32,6	5,1
CDA	3,7	3,6	3,6	8,6	15,3	95,3	14,7	5,4	5,2	10,5	6,1
VVD	8,1	5,1	5,3	20,3	3,6	16,4	93,8	19,8	4,8	8,1	19,6
PVV	18,1	4,3	8,7	5,0	6,7	11,9	42,1	98,3	11,7	17,4	35,0
PvdD	7,8	8,1	4,8	4,1	3,3	1,2	2,5	2,8	92,6	3,5	7,5
SGP	0,8	0,4	0,4	0,3	7,0	1,8	0,7	0,7	0,9	88,4	1,9
ToN (aufgehoben)	7,6	2,8	3,3	5,6	3,6	8,7	29,5	32,1	3,5	7,0	17,3
sonstige Parteien	3,2	1,5	1,9	1,1	1,7	1,3	1,3	4,6	6,0	2,3	4,7
Nicht wählen	9,1	5,0	6,5	3,8	4,2	3,5	5,7	6,0	6,1	5,8	54,2
N	1766	1485	3760	1519	359	1308	2855	2731	230	86	214

Lesehilfe: Von den Wählern, die 2010 SP gewählt haben, haben 93 % in einer oder mehreren vorhergehenden Umfragen ab 2007 SP als Parteipräferenz angegeben, ca. 16 % GL, ca. 18 % PvdA usw.; von den Nicht-Wählern haben ca. 54 % wenigstens einmal angegeben, nicht zu wählen, 35 % PVV zu wählen und ca. 26 % D66 zu wählen; von den SGP-Wählern hat (fast) keiner einmal erwogen, PvdA zu wählen.

Quelle: Eenvandaag Opiniepanel (Paneldaten von 16427 Befragten; durchschnittlich 16-mal befragt)

linke Seite:

Tab. 2

Parteipräferenzen (in %) in Umfragen zwischen 2007 und 2010 unter Wählern bei den Parlamentswahlen von 2010

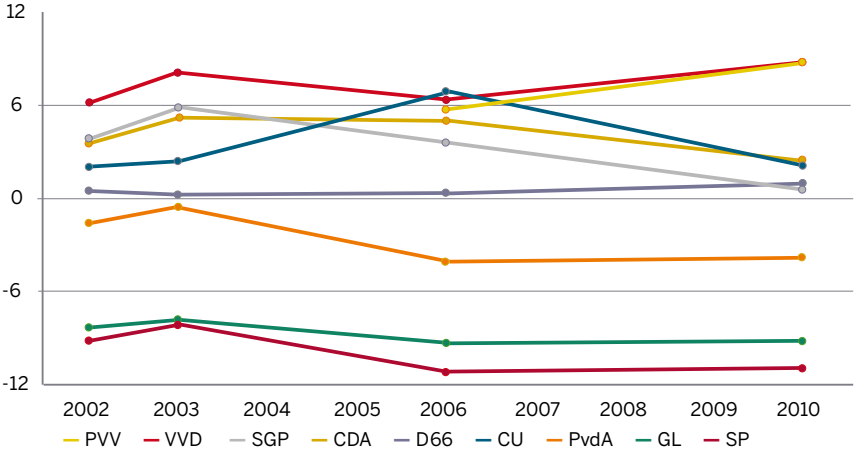
unten:

Abb. 3

Links-Rechts-Abstand zwischen Parteien und ihren Wählern*

Wächst der Abstand zwischen Wählern und Parteien?

Die vierte und letzte Frage untersucht, ob sich der Abstand zwischen der eigenen und der wahrgenommenen Position der gewählten Partei in den letzten Jahren vergrößert hat, und ob dies besonders auf die etablierten Mitte- oder Volksparteien zutrifft. Würden sich die Mitteparteien von ihren Wählern entfremden, wäre eine immer größere ideologische Distanz in der Wahrnehmung der Wähler zu verzeichnen. In Abbildung 3 wird die Differenz zwischen der Links-Rechts-Position von Wählern und ihrer Auffassung über die Position der Partei, die sie selbst gewählt haben, dargestellt. Die Differenz erstreckt sich von höchstens -100 (die Partei ist sehr viel linker als



* Vergleich der eigenen Links-Rechts-Position und der wahrgenommenen Links-Rechts-Position der bei den Parlamentswahlen gewählten Partei: Durchschnittswerte zwischen -100 (alle Wähler sind sehr rechts, betrachten jedoch alle ihre Partei als sehr links) und +100 (alle Wähler sind sehr links, betrachten jedoch alle ihre Partei als sehr rechts).

Quelle: Nationale Kiezersonderzoeken 2002–2010

die eigenen Wähler) über 0 (kein Abstand) bis höchstens +100 (die Partei ist sehr viel rechter als die eigenen Wähler).

Hieraus lässt sich ersehen, dass sich der Links-Rechts-Abstand zwischen den Mitteparteien und den eigenen Wählern nicht strukturell vergrößert hat. Die PvdA ist im Jahr 2006 und 2010 im Vergleich zu früher noch etwas linker als die Wähler; die VVD ist im Jahr 2010 etwas rechter als früher. Die im Laufe der Zeit auftretenden Unterschiede sind jedoch sehr geringfügig, insbesondere bei D66. Zudem lässt sich kein klares Muster feststellen. Vor allem die linken Parteien (GL, SP) haben den Abstand zu ihren eigenen Wählern vergrößert.

Schlussfolgerungen

Die wichtigste Folgerung lautet, dass sich überhaupt nicht so viel geändert hat. Die Beliebtheit der Parteien und der Politik insgesamt hält sich in den Niederlanden auf konstant niedrigem Niveau. Bei den Parteien lässt sich eine leichte Links-Rechts-Konvergenz ausmachen, die allerdings nicht nur bei den etablierten (Volks-)Parteien der Mitte auftritt. Hier wurde die Konvergenz bei der Links-Rechts-Wahrnehmung gezeigt, sie ist jedoch auch programmatisch nachweisbar (Keman & Pennings 2011). Dadurch ist es für die Wähler einfacher geworden, die Partei zu wechseln, was auch häufig geschieht. Hierbei findet kaum ein Austausch zwischen Links und Rechts statt; vielmehr wechseln die Wähler innerhalb des linken und rechten Blocks und mit der Mitte (D66). Dass die einstmals großen und etablierten Parteien der Mitte kleiner werden, kann nicht am größeren Links-Rechts-Abstand zwischen Parteien und Wählern liegen, denn dieser Abstand ist in den letzten Jahren konstant geblieben; vielmehr sind die Gründe in der Konvergenz und zunehmenden Volatilität der Wähler zu suchen. Die

traditionell großen und etablierten Parteien der Mitte erhalten immer weniger Unterstützung von Mitgliedern und sonstigen Quellen der Loyalität. Zudem ist der Wettbewerb in der Medien- und Zuschauerdemokratie härter geworden und das Parteiensystem scheint sich zu „egalisieren“. Es hat den Anschein, dass sich in den Niederlanden ein System mit fünf, sechs oder gar sieben mittelgroßen Parteien entwickelt, die bei den Wahlen mal besser, mal schlechter abschneiden. Aus demokratischer Sicht ist dies kein Grund zur Besorgnis. Allerdings kann die Zersplitterung der Parteienlandschaft zu Problemen auf der Verwaltungsebene führen, beispielsweise über schwierigere Koalitionsverhandlungen.

Nachbemerkungen

Dass sich an der politischen Orientierung der niederländischen Wähler wenig geändert hat, sagt natürlich noch nicht alles. Für manche Partei ist es schwieriger geworden, unterschiedliche Wünsche zu kombinieren,

sei es, weil sich diese Wünsche selbst konträr zueinander verhalten (z.B. Umwelt – Wirtschaftswachstum), sei es, weil es verschiedene Wählersegmente gibt (z.B. Pro und Kontra einer Fortsetzung der europäischen Integration bei den „Kosmopoliten" und „Globalisierungsverlierern" in der sozialdemokratischen Partei), sei es, weil Werte durch äußere Umstände härter aufeinanderstoßen (z.B. harte und weiche Haltung in der Immigrationspolitik der christdemokratischen Partei). Das alles ist jedoch nicht einzigartig für Volksparteien. Nur Single-Issue-Parteien können solche Probleme vermeiden – solange sie klein bleiben.

Interessant ist, dass sich die kleinen, einstmals großen Volksparteien CDA und PvdA selbst noch immer in der Mitte der politischen Welt einordnen und nach wie vor einen selbstverständlichen Anspruch auf öffentliche Positionen behaupten. Verschiedenen Umfragen zufolge können CDA und PvdA mittlerweile manchmal zusammen weniger Parlamentssitze erwarten als die dritte Volkspartei VVD oder die linkspopulistische SP oder die rechtspopulistische PVV jeweils alleine. Auch wenn die sinkende Bedeutung dieser Parteien von ihren Funktionsträgern weitgehend ignoriert und von ihren Sympathisanten bedauert wird, ist es für einen neutralen Beobachter nicht einzusehen, warum die veränderte Position der ehemals großen und etablierten Parteien derart in den Mittelpunkt rücken sollte. In einer breiteren Perspektive soll man doch auch das Aufkommen der neuen Parteien als einen Gewinn für die parlamentarische Demokratie anerkennen. Parteien wie die PVV und die SP vertreten „linkskonservative" Kombinationen von politischen Positionen, die vorher im Parteiensystem ungenügend vertreten waren: Verteidigung von „erworbenen" Sozialstaatsrechten plus Abneigung gegen Europa und Ablehnung von Immigration. Das passiert manchmal mit wenig Feingefühl, aber das lässt sich vielleicht kaum vermeiden, wenn die Regierenden lange

Zeit politisch überkorrekt Probleme kleiner gemacht haben als sie von vielen Bürgern empfunden wurden. Es wäre sicherlich verfehlt, neue Parteien mit dem Vorwurf des Links- und vor allem Rechtspopulismus als Nutznießer der Krise der Volksparteien abzuwerten. Das ist unberechtigt, trübt die Diskussion über die (und mehr noch: mit den) neuen Parteien und führt leicht dazu, dass man die Augen verschließt vor den populistischen Argumentationen und Verhaltensweisen innerhalb der alten Parteien.

Literatur

Keman, Hans & Pennings, Paul (2011): Oude en nieuwe conflictdimensies in de Nederlandse politiek na 1989. In: Andeweg, Rudy & Thomassen, Jacques (Hrsg.): *Democratie doorgelicht*. Leiden. S. 247–266.

Der holländische Bild-Zeitungs-Populismus und die Schwäche der etablierten Parteien

René Cuperus

Populismus in unruhigen Zeiten

In Europa rücken die Nachwirkungen des Zweiten Weltkrieges allmählich in die Vergangenheit. Der Kokon, in dem wir uns nach 1945 lange Zeit geborgen wussten, ist sozusagen aufgebrochen. Die furchterregenden Narben des 20. Jahrhunderts – Verdun, die Wirtschaftskatastrophe der 1930er-Jahre, der Holocaust, Stalingrad und der Gulag – wirkten lange wie ein magisches Gift gegen wieder auflebenden Nationalismus, neuen Fremdenhass, hemmungslosen Kapitalismus und Faschismus. Stattdessen kamen die europäische Vereinigung, der liberale Rechts- und Sozialstaat, der „Kult" der UN-Menschenrechte und der Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus. Heute gibt es die schützenden Selbstverständlichkeiten der Nachkriegszeit nicht mehr. Die europäischen Länder gehen langsam wieder zur Tagesordnung über, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität und auf unterschiedliche Weise. Mit der Rückkehr der Dämonen der Geschichte dringen auch die Angstvorstellungen der Vorkriegszeit wieder in die öffentliche Meinung ein. Es ist besorgniserregend, dass in Europa in Zeiten heftigen wirtschaftlichen und kulturellen Aufruhrs xenophober Populismus aufkommt. Gerade auf dem Kontinent, wo alles auf ein „Nie wieder" gesetzt wurde – nie wieder Krieg, nie wieder Fremden-

hass –, muss diese Entwicklung zutiefst beunruhigend wirken.

Die zerrüttenden Effekte von Globalisierung, Säkularisierung, Individualisierung und schlecht begleiteter Massenmigration schaffen in einer Zeit sozioökonomischer Unsicherheit Ressentiments, die den gefährlichen Nährboden für einen neuen Sündenbockmechanismus abgeben. In Europa wird Populismus – anders als in Amerika – mit Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus assoziiert, mit der „Pathologie der Stimme des Volkes". Gerade diese Sorge macht das Aufkommen populistischer Protestbewegungen zu einer so belasteten Angelegenheit. All dies sollte politische, kulturelle und ökonomische „Eliten" bei dem turbulenten Transformationsprozess, in dem sich die europäische Gesellschaft befindet, zu größter Weisheit und größtem Verantwortungsbewusstsein veranlassen.

Das Problem ist nun, und das ist eine der Kernthesen dieses Beitrages, dass die Eliten einer anderen Logik folgen. Statt in einer Welt, die sich im Fluss befindet, Sicherheit und Stabilität zu bieten – besonders denen, die sich als Opfer der neuen globalisierten Welt fühlen –, gießen sie Öl ins Feuer der Veränderung. Sie pflegen einen Anpassungs- und Veränderungsdiskurs: Alles werde sich verändern müssen, wenn wir in der Lage sein wollen, in der neuen globalen Weltordnung zu überleben. Es ist die Gemeinschaft der nationalen und internationalen policy- and decisionmakers, die mit ihrem Zukunftsbild einer grenzenlosen, globalisierten und flexibilisierten Welt einen Anschlag auf die Traditionen und Institutionen des Gesellschaftsmodells der Nachkriegszeit verübt. Meine These lautet daher, dass gerade das Verhalten der Eliten den riskanten Aufstand des Populismus, den wir zurzeit in fast ganz Europa erleben, maßgeblich verursacht. Die Revolte des Populismus setzt die politische Mitte, die christdemokratischen und die sozialdemokratischen Volksparteien, unter Druck

und droht sie zu fragmentieren. Und weil die Parteien der Mitte in der Nachkriegszeit der Stabilität und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt Rückhalt gaben, bedroht ihre Fragmentierung letztlich das europäische Gesellschaftsmodell wie wir es heute kennen.

Im Gegensatz zu den meisten Beiträgen aus der Politikwissenschaft, die sich vor allem mit der Charakterisierung und Definition des Phänomens „Populismus" befassen, konzentriert sich dieser Beitrag auf drei andere Fragen: Warum tritt der Populismus ausgerechnet in der heutigen Zeit auf? Warum ist das Phänomen in fast ganz Europa feststellbar, und zwar in einem solchen Ausmaß, dass man von einer „europäischen Populismuskrise" sprechen kann? Welche Ursachen liegen dieser Populismuskrise zugrunde, und was sagt sie über das Scheitern des etablierten politischen Parteiensystems aus?

Diese Fragen knüpfen im Übrigen an einen oft verwendeten Populismus-Begriff an, der ganz verschiedene Aspekte enthält: Populismus als „Protestventil gegen ‚die-da-oben'", als „Anti-Partei-Partei", als „Produkt der modernen Mediendemokratie" oder als „Mobilisierungsstrategie unter Nutzung diffuser Vorurteile (Politik der Ressentiments)". Viele dieser Dimensionen finden sich auch in der nachfolgenden Populismusanalyse, genauso wie die Tatsache, dass sich der Populismus mit seiner falschen Vorstellung von einem homogenen „Volk" im Spannungsverhältnis zur Demokratie und zu den Prinzipien des liberalen Rechtsstaats befindet.

Man wird den gesellschaftlich explosiven Populismus nur dann kanalisieren und bekämpfen können, wenn man ihn besser verstehen lernt. Vor diesem Hintergrund wird im vorliegenden Aufsatz anhand des „populistischen Laboratoriums Niederlande" nach den tieferen Ursachen für den Vormarsch des Populismus gesucht.

Die Niederlande als politisches Laboratorium

Die Niederlande sind seit dem rechtspopulistischen Dammbruch mit Pim Fortuyn zu einem Laboratorium für die Instabilität des Parteiensystems der Nachkriegszeit geworden. Mit ihrem Verhältniswahlrecht und einer Sperrklausel von nur 0,67 % (!) ist das politische System außerordentlich offen. Dadurch ist es für neue Gruppierungen relativ einfach, ins Parlament gewählt zu werden. Das wirkt sich einerseits positiv aus, denn neue Bewegungen werden schnell in das Parteiensystem integriert, andererseits ist aber die Gefahr der Instabilität groß, wenn sehr viele Parteien im Parlament vertreten sind und die Regierungsbildung für jede Legislaturperiode erschweren.

In Holland, aber auch in Belgien, Frankreich, Ungarn, Italien, Finnland, Dänemark und in der Schweiz, hat der Populismus den politischen Mainstream erreicht. Neben einer rechtspopulistischen Variante, die besonders die kulturelle Auflösung des eigenen, nationalen Erbes befürchtet (ethnozentrischer Nationalismus), ist in vielen Ländern eine linkspopulistische Variante entstanden, die vor allem die wachsende soziale Ungleichheit anprangert. In fast allen europäischen Ländern steht die politische Mitte (das heißt die ehemaligen Volksparteien) unter dem Druck populistischer Kräfte von rechts und links. Daher steht die Frage im Raum, wie dieser Populismus zu bewerten ist. Ist er Vorbote von etwas Neuem – der „Demokratisierung der repräsentativen Demokratie“, die der Bevölkerung mehr und den Eliten weniger Einfluss einräumt? Oder ist er im Gegenteil der Ausrufer der alten, bösen Träume Europas, der Aufstand der Horden, die sich gegen Ausländer und ausländische Einflüsse wenden? Dann würde womöglich ein „neuer Faschismus“ vor der Tür stehen.

Es ist nicht ganz einfach, hier in Deutschland über das Phänomen des Populismus zu sprechen, denn ganz

anders als im übrigen Europa gibt es im deutschen Parteiensystem kaum Rechtspopulismus. Es ist analytisch schwer zu fassen, warum es gerade hier kein politisches Angebot dafür gibt. Vielleicht spielt noch das große Kriegs- und Nazitrauma (wie auch in Holland) eine große Rolle, vielleicht sind aber auch die Volksparteien besser als anderswo verankert. Holländischer Populismus ist am leichtesten mit einem Vergleich zu Thilo Sarrazin zu erklären. Als Fortyun sich zu Wort meldete, provozierte er auf ähnliche Weise, sorgte für ähnliche Aufregung und zielte wie Sarrazin auf die Zerstörung der politischen Korrektheit des Establishments. Der Unterschied zwischen diesen beiden rechtspopulistischen Akteuren ist, dass Sarrazin kein politisches Charisma hat und nicht der nächste Bundeskanzler werden wollte. Aktueller holländischer Populismus hat nichts mit der Welt von NPD und Republikaner zu tun. Es ist schlimmer und komplizierter zugleich: Postmoderne Populisten, wie Fortuyn, Verdonk oder Wilders, sind hinsichtlich der Nazi-Zeit unbelastet, sonst hätten sie nie so erfolgreich werden können. Sie verkörpern viel eher einen *Bild-Zeitungs-Populismus*, der die Sprache und die Auffassungen der Niedrigqualifizierten gegen die Weltanschauung der Eliten und die Sprachherrschaft der Hochgebildeten ausspielt.

Die zwei Gesichter des Populismus

Zunächst ist es wichtig zu bedenken, dass der Begriff Populismus nicht neutral ist. Das Label entspricht nicht der Selbstdefinition der neuen Parteien und Bewegungen, sondern wird als negative Etikette vom Establishment vergeben. Damit soll ausgesagt werden, dass Populisten unseriös sind, eine gefährliche Politik betreiben und extrem rechts oder völkisch sind. Damit werden sie in die Nähe von Faschismus und Nationalso-

zialismus gerückt. Der Begriff ist also pejorativ gemeint und bestätigt Weltbild und Lifestyle der etablierten Akademiker. Über die Dämonisierung der neuen Bewegungen hinaus sind folgende Fragen wichtig:

– Warum sind Populisten in fast allen europäischen Ländern so erfolgreich?
– Warum gibt es die populistische Revolte, warum gerade jetzt und warum so flächendeckend?
– Inwiefern tragen die etablierten Parteien Mitverantwortung am populistischen Aufstand?
– Inwiefern haben die Populisten und ihre Wähler Recht mit ihrer Gesellschaftskritik?

Nur wenn man den Populismus besser versteht, wird man ihn kanalisieren und bekämpfen können. Vor diesem Hintergrund wird im vorliegenden Aufsatz anhand des „populistischen Laboratoriums Niederlande" nach den tieferen Ursachen für den Vormarsch des Populismus gesucht.

Eine weitere These lautet: Die Populisten nutzen ein politisches Vakuum. Sie gehen von einer Spaltung zwischen den Eliten und dem Volk aus. Zwar zeugt es von ihrer antipluralistischen und antidemokratischen Haltung, dass sie das Volk für eine homogene Einheit halten, doch liegen sie nicht ganz falsch damit, das Establishment als Einheit zu betrachten. In den letzten Dekaden haben sich die Eliten einander angeglichen und ihre politisch-ideologischen Unterschiede weitgehend beigelegt, was den Wegfall des Wettbewerbs zur Folge hatte. Der Grund für diese Entwicklung liegt in der Nivellierung des klassischen Gegensatzes linker und rechter Positionen zur Blütezeit des Neoliberalismus. Durch die falsch verstandenen, falsch kommunizierten und zu harten Reformen des Sozialstaats (Sozialabbau), vor allem durch die neoliberale Kollaboration der europäischen Sozialdemokratie, vermischten sich wirtschaftliche, kulturelle und politische Eliten zu ein und demselben

Establishment. Seither sind sie durch dasselbe liberale Weltbild und denselben Lifestyle verbunden. Auf diese Weise kam es zur Substitution sozioökonomischer durch kulturelle Trennlinien: Die Spaltung verläuft nun zwischen Hoch- und Niedrigqualifizierten. So entstand Raum für den (falschen) populistischen Gegensatz zwischen „Volk“ und Eliten. Beinahe wurde sogar die solidarische Verbundenheit der Volksparteien mit den Bürgern aufgekündigt, die Volksparteien verloren fast ihr Volk, die Arbeiterparteien ihre Arbeiter.

Die nächste lautet darum: Die Loslösung der Eliten von den Wählern ist einer der Hauptgründe für den Vormarsch des Populismus, wie er in vielen europäischen Ländern auftritt. Der Populismus ist als ein Aufstand, eine Protestbewegung gegen das Gesellschafts- und Zukunftsbild der Eliten zu werten, die eine grenzenlose, globalisierte und flexibilisierte Welt befördern wollen. Er ist nicht nur eine heftige Reaktion auf den aktuellen gesellschaftlichen Transformationsprozess, sondern vor allem ein Aufstand gegen die Art und Weise, wie die Eliten diesen Transformationsprozess begleiten und erklären. Deswegen wird der Populismus in erheblichem Maße durch die Eliten provoziert. Die Geschichte von den „habsüchtigen Geldsäcken“ der Wall Street und der Londoner City ist nur die Spitze des Eisbergs einer viel größeren Entfremdung zwischen der Oberschicht und der Bevölkerung. In vielen europäischen Ländern richtet sich der populistische Aufstand gegen das Welt- und Zukunftsbild der politischen, ökonomischen und kulturellen Eliten.

Die von den „Mainstream-Parteien“ als notwendig dargestellten Anpassungen an die Globalisierung haben nicht selten zu einem Vertrauensbruch zwischen der Bevölkerung und den politikausübenden Eliten geführt. Bemerkenswert dabei ist nicht nur das Wegfallen von politisch-ideologischen Unterschieden in der gesellschaftlichen Oberschicht, sondern auch, dass der

Links-Rechts-Gegensatz weitgehend durch den apolitischen TINA-Diskurs *(There Is No Alternative)* ersetzt wurde. Die Homogenisierung des Denkens hat den für die Demokratie so wichtigen Kampf zwischen politischer, geschäftlicher und kulturell-intellektueller Elite ernsthaft geschwächt. Während die Logik des neoliberalen und pseudo-effizienten Markt- und Managementdenkens hegemonial geworden ist, fehlt es den traditionellen Formen des Wirtschaftens und Zusammenlebens an einer starken Lobby.

Kritische Fragen an Theorie und Praxis unserer Demokratie

Das Merkmal jedes Populismus ist, dass er den strukturellen Konflikt in Gesellschaft und Politik nicht mehr als einen Konflikt zwischen Linken und Rechten identifiziert, sondern als einen Konflikt zwischen „dem Volk" und „der Elite". Er nimmt beide als ein Ganzes wahr, als homogene Kategorien. Im blinden Fleck gegenüber dem Pluralismus bzw. in seiner Zurückweisung liegt die größte Gefahr des Populismus für die Demokratie. Er kann, besonders in Kombination mit dem Hang zu autoritär-charismatischer Führerschaft, gefährlich mit den Prinzipien des liberalen Rechtsstaats in Konflikt geraten.

Aber der Populismus hat auch eine andere Seite. Er ist ein Alarmsignal, das eine Repräsentanzkrise anzeigt. Der Populismus kann als berechtigte Warnung gesehen werden: vor technokratischer Machtausübung, vor einem Missverständnis in der politischen Kommunikation zwischen Politik und Bürgern, vor einem Bias der professionellen, akademischen Eliten in Politik und Verwaltung, vor neuen Ungleichheiten und dem Scheitern der demokratischen Repräsentanz. So verstanden, versteckt sich hinter dem Populismus viel demokratische Frustration und demokratisches Unbehagen, die nicht von vorn-

herein verteufelt, geschweige denn unterschätzt werden sollten. In seiner Kritik an der fehlschlagenden Repräsentanz kann der Populismus theoretisch zur Hygiene der Demokratie beitragen, und tatsächlich stellt er, so gefährlich er als Phänomen auch ist, kritische Fragen an Theorie und Praxis unserer Demokratie. Er nimmt den Begriff der Volkssouveränität erneut unter die Lupe und hinterfragt die Qualität der Repräsentanz unserer repräsentativen Demokratie. Nicht zuletzt demonstriert er – auch in den heftigen Reaktionen, die er auslöst –, dass am heutigen Demokratieverständnis gerüttelt wird. Im öffentlichen Diskurs mag vielleicht suggeriert werden, dass es in den westlichen liberalen Demokratien um den allgemeinen Volkswillen *(we, the people)* gehe, aber die demokratische Wirklichkeit kommt der Beschreibung des Wirtschaftswissenschaftlers Joseph Schumpeter näher: dass nämlich ein demokratisches System eine Arena sei, in der Interessensgruppen durch den Mund befreundeter politischer Parteien für eine Politik, die ihnen wohlgesinnt ist, um die Unterstützung durch die Wählerschaft werben.

Durch die Verwerfungen des *Age of the Masses* im Kommunismus und Nationalsozialismus – pathologische Formen der „Stimme des Volkes" – wurde die Nachkriegsdemokratie „elitär" eingerichtet und gestaltet: mit einer starken Filterwirkung durch das repräsentative System und einem starken Konstitutionalismus über einen Rechtsstaat, der gegenüber der Macht der Mehrheit die Macht des Rechts garantierte. Man hatte nach dem „Aufstand der Horden" eine Demokratie geschaffen, die realiter auf der Angst vor dem „Volk" basierte. Über diesen Teil des „Nie wieder" der Nachkriegszeit ist wenig geschrieben worden, doch mit dem Vormarsch des Populismus ist nun die Spannung zwischen den Eliten und der Masse in die Demokratie zurückgekehrt. Der Populismus greift die „elitäre" Demokratie und das in der Bevölkerung zu wenig verankerte Parteiensystem

an. Stattdessen tritt er für Formen der plebiszitären Demokratie ein, wie Referenden und direkte, personengebundene Wahlen. Er kritisiert damit die volkslose repräsentative Demokratie *of and for academic professionals*, die meritokratische „Zeugnis-Demokratie“ (Mark Bovens).

Der Populismus ist demnach in vieler Hinsicht als eine Revolution der Nicht-Repräsentierten zu verstehen. Das sind nicht nur die marginalisierten „Verlierer der Modernisierung“, sondern auch große Gruppen von mündigen, tatkräftigen und zur Selbsthilfe fähigen Bürgern aus der Mittelschicht und aus Kreisen der freien Unternehmer. Sie fordern mehr Selbstbestimmungsrecht und Partizipation, weil sie sich durch ein „geschlossenes Parteienkartell“ nicht repräsentiert fühlen. Vielmehr sehen sie darin ein machtkonservierendes Relikt aus vergangener Zeit. Sie wollen auch nicht mehr willenlose Objekte einer „autistischen Bürokratie“ sein.

Eine Ursache des mangelnden politischen Vertrauens liegt im Repräsentanz-Problem. Zunehmend werden gut

ausgebildete Technokraten, die aus dem öffentlichen Dienst kommen, zu Politikern. Die administrative Politikwirklichkeit und die „echte", von den Bürgern alltäglich erlebte, Wirklichkeit, stehen sich dabei unvereinbar gegenüber. Dies fällt besonders bei der Leitung des öffentlichen Dienstes auf, wo der Staat, trotz ständiger Reorganisation, nur solche Verbesserungen schafft, die für die Bürger und die ausführenden Experten kaum sichtbar und nicht überzeugend sind. Das Problem ist nicht gänzlich neu, aber durch steigende Komplexität im Mehrebenensystem besonders virulent.

In diesem Zusammenhang stellt sich also die Frage, welche Schwächen der etablierten Parteien die Populisten nutzen. Alles deutet darauf hin, dass die Eliten den Populismus selbst produzieren. Er ist eine heftige Alarmreaktion auf die neue globalisierte Welt und auf das, was die Eliten über diese Welt erzählen. Da sich der Populismus deutlich von den etablierten Parteien abgrenzt und eigene Parteien und Bewegungen gründet, liegt die Frage nach den Fehlern der etablierten Parteien nahe. Was verursacht ihr Repräsentanz-Defizit? Was fehlt ihren Programmen und Regierungsleistungen?

Die folgenden vier Schwächen der etablierten Parteien sind eher gesellschaftlicher als politischer Art. Das Unvermögen der etablierten Politik, mit den historischen Umwälzungen umzugehen, die Veränderungen zu verstehen, zu benennen, zu begleiten und zu lenken, stellt ihre größte Angriffsfläche dar.

Die vier Schwächen der etablierten Parteien

Die erste Schwäche ist, dass die etablierten Parteien – die „Parteien der breiten Mitte" – keine Sicherheit mehr bieten. Sie haben schlechterdings die Fähigkeit verloren, für Sicherheit und Kontinuität zu stehen, sei es ökonomisch, sozial oder kulturell, weil sie selbst kein

festes Zukunftsbild mehr haben. In Zeiten der Globalisierung, des Europäischen Projektes, der Prekarisierung vieler Arbeitnehmer, verlieren sie das Vertrauen ihrer Stammwählerschaft. Ein Beispiel ist die Eurokrise. Der Bevölkerung ist klar, dass Politiker, wie die deutsche Bundeskanzlerin oder der französische Präsident, von den Ausmaßen der Eurokrise überrascht sind, weder genau wissen, was zu tun ist, noch wie die Zukunft Europas aussehen kann und wie die sozialen Folgen der Krisenlösung aussehen. Die Bevölkerung spürt diese Unsicherheit. Das ist nach der stabilen Nachkriegszeit, in der die Volksparteien soziale und ökonomische Sicherheit bieten konnten, ein großes Problem.

Die zweite Schwäche ist die scheinbar alternativlose, technokratische Anpassungspolitik an die Globalisierung, die den Unterschied zwischen rechts und links im Parteienspektrum aufgelöst hat. Die „Mainstreampolitik" besteht nicht aus vielen Stimmen. In Deutschland sind sich beispielsweise die SPD und die CDU über die Europäische Union einig: Für sie gibt es kein linkes oder rechtes Europa, sondern nur Befürworter und Gegner von Europa – die nationalistischen Populisten. In Holland gilt das gleiche für VVD, CDA und PvdA. Für Politikwissenschaftler ist es nichts Neues, dass Links-Rechts-Unterschiede verschwinden, sobald andere Konfliktlinien virulent werden, wie aktuell die „populistische Schere".

Die Konfliktlinie der modernen Gesellschaft verläuft entlang der Bildung, sie produziert eine neue ökonomische und kulturelle Klassengesellschaft. Ich gehe sogar so weit, den Populismus als einen *kulturellen Bürgerkrieg* zwischen Akademikern und Nicht-Akademikern zu definieren. Die Volksparteien, deren Aufgabe es wäre, die Verbindung zwischen Politik und Bürger aufrecht zu halten, vertreten lediglich die Meinungen des akademisch-elitären und professionellen Spektrums, wie zum Beispiel Europa als „Ersatz-Nation", Ausbau der Wissensgesellschaft, Befürwortung von ökologischerem

Wirtschaften und Multikulturalismus. Der Spalt zwischen den Auffassungen der Nicht-Akademiker und dem, was die Volksparteien vertreten, hat die Tür für populistische Einflüsse geöffnet. Zudem verwirrt es die Demokratie, wenn, programmatisch gesehen, lediglich eine permanente großen Koalition des Establishments wählbar ist – unabhängig von der Frage Regierung oder Opposition. Dieser Umstand und der „populistische Aufstand" dagegen ist nicht ungefährlich, denn der Populismus bietet keine demokratische Alternative.

Die dritte Schwäche sind die Politikerpersönlichkeiten selbst. Die Volksparteien erleben aufgrund ihres Verlustes an Einfluss und Ansehen massive Selektions- und Rekrutierungsschwierigkeiten. Es sind nicht mehr die besten Leute, die sich in den Volksparteien engagieren, sondern vornehmlich technokratische Beamte, und kaum gibt es in ihren Reihen Politiker, die die Menschen überzeugen und auch in schwierigen Zukunftsentscheidungen „mitnehmen" können. Auch das unterminiert das Vertrauen in die etablierten Parteien. Je technokratischer, autoritärer und apolitischer Politik gemacht wird, desto größer die Rache des Populismus.

Die vierte und letzte Schwäche besteht darin, dass sich der Bruch zwischen akademischen und nicht-akademischen Positionen auch in den Volksparteien vollzogen hat. Unter den aktuellen Bedingungen haben sich die Voraussetzungen für eine Politik der Solidarität weiter verschlechtert. Die etablierten politischen Parteien Europas – die sozial- und christdemokratischen Volksparteien und in einigen Ländern auch die Liberalen – haben weitgehend den Kontakt zu den Menschen mit Zukunftsangst verloren. Diese Gruppe, die glaubt, die neue Welt habe für sie nichts Gutes in petto, fühlt sich von „denen da oben" im Stich gelassen.

Bei den Sozialdemokraten lässt sich diese Entwicklung in der Spaltung der Wählerschaft nachvollziehen. Der Spalt zwischen sozialliberalen Akademikern und tradi-

tionellen gewerkschaftsorientierten Sozialdemokraten ist zugleich der Spalt zwischen Höher- und Geringqualifizierten, zwischen Kosmopoliten und denen mit nationalistischer oder autoritärer Gesinnung. Dieser Riss repräsentiert die Fragmentierung der Gesellschaft insgesamt. Aufgrund der starken Kräfte der Globalisierung, Massenmigration, Individualisierung und post-industriellen Wissensökonomie sind die sozialdemokratischen Wähler in zwei Lager aufgespalten: diejenigen, die optimistisch in die Zukunft schauen und die neue Welt begrüßen, und die anderen, die sich durch diesen Wandel bedroht fühlen.

Das Auseinanderdriften innerhalb der Volksparteien zeigt die Risse in unserer Gesellschaft. Deswegen muss es uns in Alarmbereitschaft versetzen, wenn sich die Volksparteien im Fragmentierungsprozess befinden. Grundsätzlich unter Beschuss steht der soziale Zusammenhalt, der Stoff, aus dem die Solidarität unserer Gesellschaft besteht.

Populismus ist eine riskante und sehr ernst zu nehmende Reaktion auf tiefliegende gesellschaftliche Trends und Veränderungen. Er ist ein Alarmsignal dafür, dass Repräsentanz und Kommunikation nicht gelingen und dass es den heutigen politischen, kulturellen und ökonomischen Eliten im Umgang mit den stürmischen gesellschaftlichen Entwicklungen an etwas Grundsätzlichem mangelt. Daher brauchen wir einen neuen Sozialpakt zwischen den Privilegierten und den verletzlichen Nicht-Privilegierten: einen Pakt aus sozioökonomischer Sicherheit (basierend auf der stolzen Aufrechterhaltung des Ideals vom Sozialstaat) und kultureller Offenheit (eine internationale Ausrichtung gegen Xenophobie und gegen den nach innen gekehrten Nationalismus, aber unter Aufrechterhaltung der nationalen Demokratie). Ein derartiger Pakt könnte eine Antwort auf den Populismus sein.

Literatur

van der Brug, W., Fennema, M. & Tillie, J. (2005): Why some anti-immigrant parties fail and others succeed. A two-step model of electoral support. In: *Comparative Political Studies* 38. 5. S. 537–73.

Cuperus, René (2004): Eliten und Massen. Europas teuflisches Dilemma ist heute wieder aktuell. In: *Berliner Republik*, Jubiläumsausgabe 2004. 6. S. 93 ff.

Cuperus, René & Becker, F. (2006): Die Wahlen am 22. November 2006 und die Unruhe in der niederländischen Wählerschaft. In: Wielenga, Friso & Geeraedts, L. (Hrsg.): *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien* 2006. 17. S. 83–101.

Cuperus, René (2009): *De Wereldburger bestaat niet. Waarom de opstand der elites de samenleving ondermijnt.* Amsterdam.

Kriesi, H. et al. (2008): *West-European Politics in the Age of Globalization.* Cambridge.

Mény, Y. & Surel, Y. (Hrsg.) (2002): *Democracies and the Populist Challenge.* Basingstoke.

Cuperus, René (2011): Der populistische Dammbruch. Die niederländischen Volksparteien unter Druck. In: Wielenga, Friso & Hartleb, Florian (Hrsg.): *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich.* Münster/New York/München/Berlin.

Wielenga, Friso & Hartleb, Florian (Hrsg.): *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich.* Münster/New York/München/Berlin.

Vitalisierung der Parteiendemokratie

Eine Diskussion mit Fleur de Beaufort, Warnfried Dettling, Franz Müntefering und Ton Nijhuis

Moderation: Julitta Münch

Die Tagung „NRW-Forum: Zukunft Demokratie – Wandel der Parteiendemokratie und Populismus“ am 18. November 2011 wurde mit dem Plenum „Vitalisierung der Parteiendemokratie“ abgeschlossen. Dem Mitschnitt sind die wesentlichen Positionen der Teilnehmenden vorangestellt.

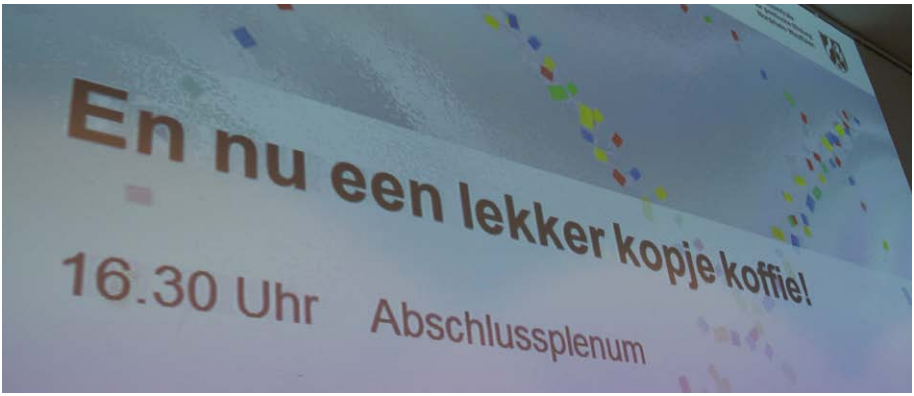
Für *Fleur de Beaufort* liegt die Schwäche der Volksparteien vor allem darin begründet, dass sie ihr Profil verloren haben. Eine Belebung der Demokratie wäre demnach über klarere Positionen der Parteien und ihre Abgrenzung voneinander zu gewährleisten. Hinzukommen müssten allerdings mehr Bürgernähe und Diskussionsfreude – auch über unliebsame Themen, die in den Niederlanden aktuell von den populistischen Parteien besetzt werden.

Warnfried Dettling erklärt die Krise der Volksparteien damit, dass sich die Bedingungen für die Demokratie mit den neuen, technischen Kommunikationsmitteln grundlegend verändert haben. Gleichzeitig hätten die großen Parteien zu stark Klientelinteressen vertreten, statt dem Gemeinwohl zu dienen, wodurch sie sich unglaubwürdig gemacht hätten. Heute müsste die repräsentative Demokratie mit Formen der direkten Demokratie ergänzt werden; mehr Leidenschaft für Politik würde die Demo-

kratie zwar beleben, doch ist die Idee, zu diesem Zweck populistische Themen aufzugreifen, der falsche Weg.

Franz Müntefering sieht die geringere Bindungskraft der Volksparteien als Folge der gestiegenen Mobilität, des höheren Tempos und der Globalisierung an. Für ihn sind die Fragen zentral, wie die Demokratie unter den neuen Bedingungen organisiert werden kann und was sie braucht, damit sich die Menschen mit ihr identifizieren. Vor allem brauche es neue Formen des Zusammenwirkens und der Kommunikation zwischen den Bürgern und ihren Vertretern.

Ton Nijhuis beobachtet die Parteienlandschaft in den Niederlanden mit Besorgnis. Er macht die Parteien für die zugespitzte Lage verantwortlich, weil sie die Fragen der Bevölkerung nicht wahrnehmen würden. Heute könnten die Volksparteien ihrer repräsentativen Aufgabe und der Organisation des Staates nicht mehr nachkommen, da ihre Infrastruktur dafür nicht ausreichen würde. Vor allem das europäische Projekt müsse mit einer zukunftsweisenden Sprache lanciert werden, um die Demokratie wieder lebendiger zu gestalten.



Münch: Zu Beginn möchte ich die beiden Leiter der Diskussionsrunden[1] Hans Wupper und Ton Nijhuis bitten, kurz zusammenzufassen, was für Sie ganz subjektiv an wichtigen Punkten in diesen beiden Gesprächsrunden passiert ist.

Wupper: Das Thema in unserer Runde war, warum die Volksparteien ihre Orientierungsfunktion verlieren. Insofern ging es eigentlich nicht um Populismus. Aber wir waren sofort in der Populismus-Debatte drin. Das war für mich einer der wichtigsten Effekte. Ich bin in einer Welt groß geworden, da gab es Demokraten und Extremisten. Die Populisten sind keine Extremisten mehr im klassischen Sinne. Sie leben nicht von geschlossenen Weltbildern, sondern sie sprechen Dinge an, die für einen ganz erheblichen Teil der Bevölkerung durchaus eine Relevanz haben. Wir hatten ein Kriterium, über das

1 Die beiden Diskussionsrunden, Panel 1 und Panel 2, fanden zeitgleich am Nachmittag der Tagung statt. Panel 1 befasste sich mit dem Thema: „Was begründet die schwindende Orientierungsfunktion der Volksparteien?" Die Impulsreferate hielten Thomas Poguntke und Paul Dekker (S. 27 und 49 in diesem Band). Panel 2 war der Frage gewidmet: „Welche Schwächen der etablierten Parteien nutzen die Populisten?" Die Impulsreferate übernahmen René Cuperus und Viola Neu (S. 63 und 39 in diesem Band).

ich mich stark gewundert, aber fast auch gefreut habe: Es kam irgendwann das Argument, die Populisten, die fordern doch etwas, was sehr populär ist, aber das doch sowieso nicht geht. Und das war eines der schwierigsten Abgrenzungskriterien. Mit diesem Argument waren wir wieder bei unserem eigentlichen Thema, denn wir hatten ja die Großparteien oder Volksparteien, wie immer wir sie nennen wollen, im Fokus. Es gibt Entsprechungen auf der anderen Seite. In der etablierten Politik hat sich ziemlich stark eingebürgert, davon zu sprechen, eine Entscheidung sei alternativlos. Und bei allem Verständnis, das ist oft eine Dethematisierungsstrategie. Wenn populistische Parteien etwas ansprechen, dann kann das durchaus ein Verdienst sein, aber wie sprechen sie es an?

Münch: Können Sie darauf antworten?

Wupper: Ja, wir sind dann in eine Debatte gekommen. Wie funktioniert Demokratie, wenn es nicht viel zu ver-

teilen gibt, wenn kein Schönwetter ist, wenn man unter Ressourcenzwängen steht, wenn man mit Dilemmata umzugehen hat, dann wird es schwierig. Das schönste Beispiel, dummerweise nicht in unserer Arbeitsgruppe, sondern bei Herrn Nijhuis, war eine Dethematisierung in den Niederlanden. Es ging um Euro und Gulden.

Münch: Das kann er gleich erzählen. Wie lautet Ihr Fazit für das Panel 1?

Wupper: Für mich ist eigentlich das Wichtigste, dass wir wieder darüber nachdenken müssen, wie wir aus der Oberflächendemokratie herauskommen. Demokratie ist die Lebensform, in der alle Leute eine Chance haben zu überleben, also auch die, die unterliegen.

Münch: Ich danke Ihnen. Herr Nijhuis, was erbrachte die Diskussion in Panel 2?

Nijhuis: Wie fasst man so etwas zusammen? Wir leben in zwei verschiedenen Ländern, aber wir leben auch in zwei verschiedenen Welten, wenn es um Parteipolitik geht. Wir haben einen Bericht von Dr. Viola Neu gehört, der die Lage in Deutschland eigentlich sehr positiv darstellte: Es gibt kein populistisches Virus in Deutschland, das irgendwie gefährlich wäre und die Parteien sind ziemlich effektiv. In den Niederlanden ist die Lage dagegen katastrophal. Die großen Volksparteien sind in den Umfragen zusammen kleiner als eine einzelne populistische Partei. Wir sind nicht mehr in der Lage, die Bürger an die etablierten Parteien zu binden. René Cuperus hat dafür einige Gründe genannt, wie das Unvermögen von Parteien, Sicherheit zu produzieren, und das Unvermögen, die zweite Moderne irgendwie zu lenken. Die Parteien und die Regierungen müssen den Bürgern mehr und mehr zumuten, statt dass die Fragen der Bevölkerung in Politik umgesetzt werden würden. Die Parteien *regieren* nicht –

sie *reagieren* nur, und diese Zumutung ist für viele Bürger zu viel. Dann haben wir auch über Populismus, bei uns war er schon im Thema, gesprochen und festgestellt, dass Populismus erstens nicht unbedingt mit Extremismus zu tun hat, dass das unterschiedliche Kategorien sind, die man nicht vermischen oder verwischen sollte. Zweitens bedeutet Populismus heutzutage auch nicht, dass man antidemokratisch ist. Eher ist er eine Art von Politikbetreiben, die das Gefühl der Menschen ausnutzt, dass die Politiker nicht mehr für die Bevölkerung da sind.

In Deutschland gibt es keine populistischen Parteien, zumindest auf Bundesebene und auf Landesebene scheitern sie ziemlich schnell. Es gibt auch keine charismatischen Parteiführer, die jetzt oder in naher Zukunft in der Lage wären, eine solche Partei zu gründen und 20 % der Bevölkerung hinter sich zu bekommen. Eigentlich könnte man da sehr zuversichtlich sein. In Holland ist das anders. Die Parteien sind zu technokratisch, wie wir es auch in Griechenland und Italien sehen, wo die Technokraten an der Macht sind und nicht mehr die Politiker. Das ist eine Depolitisierungsstrategie – der Sachzwang und die Alternativlosigkeit herrschen. Man führt überhaupt keine politische Diskussion mehr über die Frage, wo es hingehen soll. Das wird von Populisten genutzt, weil sie sagen, dass es durchaus eine Alternative gibt. Wir müssen politisieren, andererseits können wir nicht politisieren …

Münch: Aus Angst vor Beschädigung?

Nijhuis: Ja, in Holland geht es um mehr als Beschädigung. Existenzangst könnte man schon sagen, aber letztendlich ist das Problem dann doch, dass die klassischen Volksparteien in den Umfragen jetzt unter die 10-Prozent-Grenze gefallen sind, und das macht die Lage doch etwas anders als in Deutschland.

Münch: Vielen Dank, Herr Nijhuis. Wer von Ihnen in Panel 2 war, hat Herrn Nijhuis schon kennengelernt. Ich möchte auch die anderen Podiumsteilnehmer vorstellen. Fleur de Beaufort ist vom Wissenschaftsbüro, aber vielleicht erklären Sie Ihre Arbeit kurz selbst?

Beaufort: Ich arbeite für das wissenschaftliche Büro der VVD, das ist die holländische Entsprechung zur FDP. Daneben schreibe ich Bücher und führe wissenschaftliche Untersuchungen durch, gebe Kurse, nehme an der Debatte teil und versuche immer, die Politiker ein bisschen zum Denken zu bringen und herauszufordern, damit sie auch über Themen sprechen, vor denen sie eigentlich Angst haben, sie könnten der Einheit in der Partei schaden.

Münch: Sie sind also nicht in politischer Verantwortung, aber Sie betrachten Politik aus einer sehr nahen Position.

Beaufort: Genau.

Münch: Vielen Dank, dass Sie gekommen sind. Franz Müntefering kennen Sie alle noch gut – Minister a. D. – vielen Dank auch für Ihr Kommen. Warnfried Dettling ist Politikberater und Publizist und wahrscheinlich auch vielen hier bekannt. Ich wende mich zuerst an die beiden deutschen Vertreter, der eine langjährig in der Politik tätig, der andere langjähriger Politikbeobachter. Wie sehen Sie die Aussage: „Crisis? What crisis?“[2]

Dettling: Ich habe ein gewisses Unbehagen, wie die Diskussion gelaufen ist. Manchmal habe ich herausgehört, wenn die Parteien ein bisschen mehr auf Draht wären, dann wäre es wieder wie früher, dann würden sie

2 Dies war der ursprüngliche Titel des Beitrages von Viola Neu (S. 39 in diesem Band).

Orientierung stiften und dann hätten wir auch keinen Populismus. Ich glaube ganz einfach, dass das die gegenwärtige Lage, den sozialhistorischen Zustand der Demokratie und die künftige Entwicklung massiv verharmlost – und das ist keine solide Analyse. Wir müssen davon ausgehen, dass sich die Bedingungen und Voraussetzungen der Politik und der Demokratie grundlegend verändert haben, zum Beispiel dadurch, dass die Bürger heute nicht mehr nur Empfänger von Politik sind, sondern Gestalter, Mitredner, Sender. Das ist eine ganz simple Veränderung der Informations- und Kommunikationsstruktur.

Münch: Bedingt wodurch?

Dettling: Bedingt durch den Wandel der Kommunikationsstruktur, dass heute jeder und auch jede Zeitung Dialogforen macht, dass jeder nicht nur Politik hört, sondern seine Meinung zur Politik sagen kann und dass deshalb die Politik nicht mehr so funktioniert wie bisher. Ich will es einmal andersherum formulieren. Vor 60 Jahren ist eine wunderbare zweite deutsche Demokratie gegründet worden, die Bundesrepublik Deutschland, eine große Leistung, und was war die Sorge der Verfassungsväter 1949? Die Sorge der Verfassungsväter war, dass man die Gefahren der Vergangenheit nicht wiederkehren lässt. Stabile Demokratie, Kampf gegen die Verfassungsfeinde innen und außen, Kommunisten, wehrhafte Demokratie, Parteiengesetz, Artikel 21 des Grundgesetzes. Man hatte im Grunde eine stabile Demokratie sehr erfolgreich aufgebaut. Das hat aber auch dazu geführt, dass man nicht überlegt hat, was man tun kann, um die innere Erosion oder die innere Korrosion, die Verrostung der tragenden Teile der Demokratie durch schlampigen Gebrauch und durch Gedankenlosigkeit, weil man sie zu wenig pflegt, zu verhindern. Rüdiger Altmann, ein konservativer Publizist, sagte, das Grund-

gesetz ist ein Misstrauensvotum gegen das Volk, diesen unberechenbaren Lümmel.

Wenn die Demokratie eine gute Zukunft haben soll, dann muss sie sich strukturell nach 60 Jahren regional und konzeptionell ausweiten. Das ist der entscheidende Punkt: Ausweiten, das heißt, wenn schon Wähler bei Wahlen immer weniger Gelegenheit haben, die Richtung zu bestimmen, ist eine ganz simple Folge der Veränderung der Parteiendemokratie, der Veränderung des Mehrparteiensystems, des Fünf-Parteien-Systems, dass man nicht mehr weiß, wer hinterher regiert. Sie haben hier in NRW eine Minderheitenregierung[3] – was ist denn da so schlimm? Gar nichts, entweder hält sie fünf Jahre oder sie geht vorher in die Brüche und dann gibt es eine andere Regierung. Wir werden ungewohnte Koalitionen erleben, das ist nicht schlimm in einer Demokratie; es erhöht nur die Frustration der Parteimitglieder und der Stammwähler. Ich weiß immer weniger, wen oder was ich wähle, wenn ich am Tage der Wahl die Partei X wähle. Und wenn das so ist, dann muss man dafür sorgen, dass man zwischen den Wahlen intervenieren kann. Die verfassungspolitische Aufgabe besteht also gegenwärtig darin, die repräsentative Demokratie durch Formen der direkten Demokratie nicht zu ersetzen, sondern zu ergänzen.

Münch: Auf die Diskussion kommen wir noch.

Dettling: Wenn Sie das machen, brauchen Sie nicht über Populismus und alles reden. Die Gefahren für die Demokratie liegen woanders als in unfähigen Politkern oder populistischen Strömungen, obwohl die Boulevardisierung der Politik auch ein Thema ist, über das man diskutieren kann.

3 Zum Zeitpunkt dieser Diskussion war Hannelore Kraft Ministerpräsidentin der rot-grünen Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen.

Münch: Danke für Ihre Einschätzung. Herr Müntefering, hier sind ja ganz schön starke Begriffe gefallen, Erosion, Korrosion, in Bezug auf die Volksparteien.

Müntefering: Der Dettling hat mir schon immer gefallen. Wir können die Diskussion gleich fortsetzen, weil ich glaube, dass er in erheblichem Maße Recht hat. Ich möchte, um in die Diskussion zu kommen, aus meiner Sicht mal eines vorweg klären. Die entscheidenden Institutionen der Demokratie sind die gewählten Parlamente und die Regierungen und die großen Gerichte. Das ist der Artikel 20. In Artikel 21 steht, dass die Parteien mitwirken. Sie sind wichtig, aber nicht das Zentrum von Demokratie. Wenn sich bei den Parteien etwas verändert, weil die Zeitläufe sich verändern, ist die Demokratie deswegen nicht kaputt, sondern man muss sie anders gestalten. Das ist keine Bescheidenheit bei mir, sondern ich bin dafür, dass wir sehr starke Parteien haben. Vielleicht unterscheiden wir uns da ein bisschen. Ich komme da gleich noch drauf, aber das muss man zunächst mal für sich klarhaben. Was ist die Veränderung, die Parteien heute zu bewältigen haben? Ich beschreibe es mit dem Stichwort Mobilität. Die Mobilität der Information, der Kommunikation, aber auch weltweit und im Lande selbst, das verändert die Bedingungen von Parteien und von Demokratie tiefgreifend. Ich bin im Ruhrgebiet zu Hause, da wurde eine Zeche gebaut, rundherum waren die Arbeiterwohnungen und ein Ortsverein. Und die sich abends trafen, konnten nur in eine Kneipe gehen, die man zu Fuß erreichen konnte, denn Autos hatten sie alle nicht. Und die sich da trafen, konnten miteinander reden, denn sie hatten ein gemeinsames Leben und gemeinsame Interessen. Heute treffen sich im Ortsverein Leute, von denen der eine Professor ist und der andere Arbeitslosengeld-II-Empfänger. Tagsüber sind sie 100 km auseinander und jetzt reden sie miteinander, erstens, zweitens, aber eigentlich ohne gemeinsame Basis. Ich

bin nun ganz ausdrücklich der Meinung, Parteien sind eine segensreiche Einrichtung. Wer etwas verändern will, muss es selbst machen, aber es ist klug zu wissen, ich schaffe es nicht alleine, muss mich unterhaken können. Ich glaube, dass wir uns sehr bemühen müssen, dass das Gespräch unter Menschen nicht kaputt geht und dass wir genug Gespräche führen, weil ich nicht glaube, dass man das durch Twittern und Facebook ersetzen kann. Ich finde die neuen Instrumente ganz interessant, aber sie ersetzen nicht den gemeinsamen Streit um den richtigen Weg, um die richtige Antwort.

Ich bedanke mich für die Diskussion, die Sie hier auf die Tagesordnung gesetzt haben, aber meine Bitte ist, sich nicht übermäßig über die Parteien den Kopf zu zerbrechen. Die Frage ist doch, was braucht die Demokratie, damit die Menschen genau diese Demokratie aufnehmen und mitnehmen, und dafür sind nicht nur Parteien wichtig.

Münch: Nichtsdestotrotz ist es so, dass wir heute an einem Punkt sind, an dem wir nicht bei Null anfangen, sondern an dem politisches Agieren über das Portal der Parteien funktioniert. Vielleicht fügen Sie, Herr Nijhuis, kurz an, ob die Funktion der Parteien in den Niederlanden grundsätzlich anders ist.

Nijhuis: Zum Teil ist die Lage ähnlich, aber zum Teil auch wieder anders. Parteien sind in Deutschland und in den meisten anderen Ländern irgendwie krisenresistent, weil man Demokratie und einen Staat nicht ohne Parteien führen kann. Das bringt uns wieder zur Semantik der Alternativlosigkeit: Es gibt in der Demokratie eigentlich keine Alternative zu Parteien. Selbst Diktaturen benutzen Parteien, manchmal eine, manchmal noch eine zweite dazu, um den Schein von Mehrparteilichkeit zu wahren, aber wir brauchen diese Parteien, um das Ganze zu organisieren. Und man kann dazu sagen, und das ist

nicht so bescheiden, dass die politischen Parteien das Geschäft monopolisiert haben. Wer verteilt die Posten in der Politik und in den nichtstaatlichen Organisationen? Das sind die Parteien, so haben wir eine Situation, in der letztendlich der Staat und alles, was um ihn herum an Organisation entwickelt worden ist, von Parteien organisiert wird. Und das bedeutet, dass das alternativlos ist und dass die Parteien noch immer eine zentrale Rolle spielen. Der Unterschied zwischen Holland und Deutschland ist, dass bei uns Parteien sehr klein und nicht präsent sind. Sie haben kein Geld, ein Parteibüro hat vielleicht 10, 20 Mitarbeiter, aber es ist im Vergleich zu Deutschland sehr klein. Wir haben keine 5-Prozent-Klausel, so dass es für Newcomer sehr viel einfacher ist, die politische Arena zu betreten. In Deutschland, wo Parteien groß und stark sind und man die föderale Struktur hat, ist es für neuere Parteien sehr viel schwieriger, auch einen „Platz an der Sonne" zu bekommen. In den Niederlanden ist man dagegen in die Situation geraten, dass die etablierten Parteien eigentlich keine Infrastruktur mehr haben und außerdem von den anderen, neu gegründeten Parteien überholt werden. Das hat dazu geführt, dass wir jetzt in einer Lage sind, in der Parteien eigentlich kaum noch diese Funktion vom Führen eines Staates organisieren können. Denn es gibt zu viele, und es gibt auch zu viele Schwankungen innerhalb dieser Parteien bei den unterschiedlichen Wahlen.

Müntefering: Sie hatten gerade gesagt „Führung des Staates", Parteien führen den Staat nicht. Das geht über Wahlen. Mir ist das schon ganz wichtig, dass wir klären, über was wir miteinander sprechen. Es gibt in Deutschland auch manche, die glauben, aus der Parteizentrale heraus wird die Politik gemacht, aber es ist nur eine Dienstleistung, die die Parteien zu erbringen haben. In Deutschland wurde uns 1948/49, Herr Dettling hat es eben angesprochen, die Demokratie übergestülpt.

Nachdem Morgenthau nicht kam, sondern Marshall, wurde gesagt, jetzt seid ihr Demokraten. Es waren Gott sei Dank genügend Leute da, die das vernünftig organisiert und begonnen haben. Gleichzeitig mit dem Grundgesetz wurde auch die D-Mark eingeführt, das war ein sehr guter Zusammenhang, in dem Wohlstand und Demokratie ganz eng beieinander gewachsen sind. Aber ich sage an der Stelle: Wir sollten uns keine Illusionen über die Festigkeit unserer Demokratie machen. Die Parteien müssen eine Politik der Nachhaltigkeit machen, die auf 20, 30 Jahre angelegt ist, aber in zwei Jahren ist Wahl. Das ist das Problem, in dem die Parteien stecken. Wie bekomme ich die Glaubwürdigkeit, dass die Menschen wissen, ich mache das Bestmögliche daraus und zwar nachhaltig? Im Moment ist quer durch alle Parteien in Deutschland die wichtigste Frage, wie kriegen wir diesen Finanzkapitalismus in den Griff? Da können die Parteien nicht mehr kleinkariert gegeneinander agieren, wie vor 20 oder 40 Jahren. Das ist eine ganz neue Dimension, und da werden wir vieles neu aufstellen müssen. Wenn wir Demokratie wollen, was müssen wir dafür tun? Wir brauchen eine neue Bescheidenheit, eine neue Bereitschaft des Zusammenwirkens miteinander, wir brauchen gute Leute. Die Parteiprogramme sind noch nie entscheidend gewesen. Entscheidend war immer, ob da vorne Leute sind, die erkannt haben, wie man Politik machen muss und wie man gestalten muss. Jetzt wird sich vieles verändern, und andere Formen von demokratischer Einflussnahme werden ein größeres Gewicht bekommen.

Münch: Was heißt das denn für die Frage der Orientierung, die ja in beiden Panels eine ganz wichtige und wesentliche Rolle gespielt hat? Niemand hat von Anfang an die Wahrheit auf seiner Seite. Und Parteien bieten die Chance, miteinander zu diskutieren und den richtigen Weg zu finden.

Müntefering: Die politische Bildung der Mitglieder in demokratischen Parteien in Deutschland ist besser als im Durchschnitt der Bevölkerung. Die dabei sind, die wissen, wovon sie reden. Viele gute Leute stellen Gott sei Dank noch den Kitt her im kommunalen Bereich und im Landes- und im Bundesbereich. Die Parteien müssen sich nicht verstecken.

Münch: Verstehe ich Sie richtig, deshalb die Wichtigkeit der Parteien? Müssen es die großen Volksparteien sein, brauchen wir noch eine SPD ohne Arbeiter oder eine CDU in einer säkularisierten Gesellschaft?

Müntefering: In dem einen Panel gab es den Streit um Volksparteien, ja oder nein, das sehe ich nirgendwo im Grundgesetz festgelegt.

Münch: Großparteien ist ja ein anderer Begriff, der fiel.

Müntefering: Nein, ich bin für Volksparteien. Es mag in den Niederlanden anders sein, doch eine Volkspartei ist für mich eine Partei, die das Ganze in die Verantwortung nimmt. Und das ist die Verantwortung für das ganze Land, für ökonomischen Erfolg, für ökologische Vernunft, für soziale Stabilität und Gerechtigkeit, alles. Das gestehe ich der CDU/CSU zu, das nehme ich für die Sozialdemokraten in Anspruch und die Grünen sind gerade dabei, Volkspartei in diesem Sinne zu werden. Partikularinteressen sind das Gegenteil davon. Das sind Leute, die machen ein Pünktchen, wie das bei den Grünen war und nicht mehr ist und wie das bei den Piraten jetzt ist.

Münch: Jetzt ist die FDP ganz unter den Tisch gefallen, Ihre FDP, Frau Beaufort.

Beaufort: Also, meine VVD dann. Ich denke, es ist sehr wichtig, auf jeden Fall in den Niederlanden, dass eine

Partei sich richtig zu ihrer Ideologie verständigt und den Leuten sagt, das ist unsere Ideologie, dafür stehen wir und das sind die Unterschiede zwischen den drei großen Volksparteien SPD, FDP und CDU. Ich nenne jetzt die deutschen Parteien, das ist einfacher. In Holland sieht man, dass der Unterschied zwischen den drei Parteien schon sehr lange eigentlich nicht mehr da war, das war alles so ein bisschen graue Mitte, man hätte sie austauschen können. Jede der drei großen Parteien hat nach einem großen Verlust immer nach ihrer eigenen Ideologie gesucht. Und bei der nächsten Wahl hat man dann gesehen, dass das auch für Gewinne gesorgt hat. Ich denke auch, dass die eher populistischen Parteien keine genaue Ideologie haben. Es ist eine Herausforderung für die etablierten Parteien, zu erklären, was ihre Ideologie ist, wofür sie stehen.

Nijhuis: Einen Punkt möchte ich gerne aufgreifen. Sie haben völlig Recht, Herr Müntefering, dass die Mitglieder

und die aktiven Mitglieder der Parteien meistens gut ausgebildet sind, wissen, wovon sie reden, und darauf können wir nicht verzichten.

Was wir aber in den Niederlanden mehr als in Deutschland sehen, ist, dass der Unterschied in der Mitgliederpartei zwischen den Mitgliedern und Wählern so enorm groß geworden ist, dass wir die Wähler nicht mehr erreichen. Die CDA zum Beispiel, die der deutschen CDU entspricht, ist in ihren Hochburgen Limburg und Brabant unter 15 % gefallen, und ein populistischer Geert Wilders erhält über 30 %. Wilders Wähler dort sind die alten Mitglieder der CDA. Sie gehören zum christdemokratischen Milieu oder zu der Säule, wie wir sie genannt haben. Das Problem ist jetzt, dass die Milieus nicht mehr so existieren wie früher, dass sie irgendwie nicht mehr von diesen Parteien zusammengehalten werden, dass die Integrationsfunktion nicht mehr gelingt. Die vorpolitische Integration über die Kirche gibt es nicht mehr. Das macht die Parteien nicht weniger intelligent, sie können noch immer Entscheidungen treffen, aber die Bürger kommen gar nicht mehr mit, zumindest in Holland, und deshalb haben wir so ein Problem.

Münch: Also die Haftung zwischen der Partei und ihren Wählern geht verloren, nicht die zwischen der Partei und ihren Mitgliedern?

Dettling: Das ist ein Problem der Parteien, meine Güte, wenn sich die Gesellschaft ändert, dann muss die Partei sich überlegen, welche Ansprache, welche Kommunikation heute angemessen ist, damit die Leute sie verstehen. Das ist doch ganz simpel. Der wirklich wichtige Punkt ist, dass die Volksparteien so etwas wie Agenten des Gemeinwohls waren, sie haben mehr als Klientelinteressen vertreten. Wer artikuliert in unserer Gesellschaft noch Werte, Zusammenhänge, Ziele, die über die Klientel hinausgehen? Das ist die entscheidende Frage, denn die

ganze Krise, in die Europa gestürzt ist, ist ja die Folge eigentlich guter Prinzipien. Aber, wenn die Politiker nur noch an Stimmenmaximierung auf jede Weise orientiert sind und dafür jeden Preis bezahlen, geht die Demokratie vor die Hunde.

Das Eindrucksvolle war ja bei Schröder und bei Ihnen, wenn ich das so sagen darf, ganz egal, wie man über die Agenda denkt, dass Sie riskiert haben, eine Wahl zu verlieren, Wähler zu verlieren für etwas, wovon Sie überzeugt waren. Wenn niemand mehr gemeinwohlorientierte Dinge artikuliert, dann geht die Demokratie kaputt. Das heißt, es geht im Wesentlichen um die vorpolitischen Grundlagen der Demokratie und Ökonomie. Wo werden in unserer Gesellschaft soziale Tugenden gelernt, wo wird gelernt, dass man über seine eigenen Interessen hinausdenkt und -handelt? Berlusconi wäre auch, wenn er 40 % organisieren würde, natürlich keine Volkspartei, sondern eine Klientelpartei. Eine Klientelpartei unterscheidet sich von einer Volkspartei darin, dass sie auf wenige guckt und deren materielle Interessen befriedigt. Die Folgen besichtigen Sie in Italien und in Griechenland. Klientelparteien haben die Demokratie ruiniert.

Und was kommt danach? Kein Populismus, keine populistische Partei, was kommt? Technokratie – das ist der entscheidende Punkt. Wenn Parteien es nicht können, dann können es aber hoffentlich die Experten und Technokraten, und das ist der große Trend, in den die Richtung geht, und Frau Merkel ist davon auch nicht ganz frei. Wenn sich die Parteien selber entlegitimieren, weil sie nicht mehr glaubwürdig das Ganze vertreten und über die Einzelinteressen hinaus, dann kommt von mir aus Populismus, aber das Naheliegende ist Technokratie, die Herrschaft des Sachzwangs. Dann stehen noch die demokratischen Fassaden, aber das demokratische Leben ist herausgerollt aus der ganzen Geschichte.

Das ist das, was der Politikwissenschaftler Colin Crouch als „Postdemokratie“ bezeichnet hat: Es stehen

noch die Fassaden, aber hinter den Fassaden ist kein Leben mehr.

Müntefering: Willy Brandt sagte in seiner Abschiedsrede: Wenn ihr mich fragt, was das Wichtigste ist nach dem Frieden, dann ist es die Freiheit. Und dann hat er gesagt: Wenn du eine wichtige politische Idee und eine Perspektive hast, und sie ist nicht populär, dann darfst du sie nicht beiseite legen, sondern du musst sie populär machen. Das ist das Spannungsfeld, in dem sich Politik immer bewegt, von der Kommunal- bis zur Bundes- und Europapolitik. Demokratie hat eine Schwierigkeit: Sie ist legislaturperioden- und phasenorientiert. Ich will natürlich die nächste Wahl gewinnen, und ich weiß genau, wenn ich sage „Rente 67", geht der Daumen runter bei vielen meiner Freunde. Was macht man dann? 1972 war der Kniefall von Brandt in Warschau überhaupt nicht populär in Deutschland, fast wäre er gestürzt, als im Parlament keine Mehrheit mehr da war. Doch später gab es dann eine grandiose Wahl mit 90 % Beteiligung.

Brandt hat das durchgezogen, er ist nicht beiseite gegangen. Und ich sage Ihnen, die entscheidende Frage, die wir in der Demokratie beantworten müssen, lautet: Haben wir den Mut, das Problem zu erkennen, in dem wir uns international bewegen? Wir denken nationalstaatlich, wir handeln nationalstaatlich, wir schwören zum Wohle des deutschen Volkes, wir können es aber nationalstaatlich überhaupt nicht organisieren, weil irgendwo auf der Welt Leute an den Automaten sitzen und das Geld rumschicken. 25 % des Gewinns in den USA entsteht durch Wetten auf Geld. Und da sitzt du als kleiner Abgeordneter und sagst: Was musst du jetzt machen? Da musst du dich nicht umgucken, was mit den Parteien ist, sondern was muss getan werden, damit man Demokratie auf den Kern bringt. Und der Kern der Demokratie ist die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen. Wie kannst du in einer solchen Welt Politik organisieren? Die klassische Kaskade der politischen Parteien nützt heute nichts mehr. Es ist eine Illusion zu glauben, wir machen das so im Ortsverein und dann gibt es einen Antrag, der dann in den Unterbezirk, den Bezirk, an Landespartei, an Bundespartei geht und dann machen wir einen Beschluss und dann geben wir den Beschluss der Bundesregierung, dass die das macht. Die ist Mittelalter! Wir müssen neue Formen der Zusammenarbeit und der Netzwerkorientierung finden, um das Ganze auch zeitlich erfüllen zu können. Wir leben in einer Zeit, in der wir keine menschadäquaten Tempi mehr haben. Die brauchen wir aber. Wenn das Geld sich schneller bewegt, als der Mensch es erkennen kann, kann Demokratie nicht mehr funktionieren.

Ich habe in der Fraktion darüber gesprochen, weil der Bundestag beschlossen hat, dass neun Mitglieder des Deutschen Bundestages eine Sonderkommission bilden, die jederzeit informiert wird über alle großen Verwerfungen am Aktienmarkt. Da habe ich gesagt: Ja, wieso nicht wir alle? Jeden Tag kann etwas passieren, jeden

Morgen um halb neun. Ich bin gewählter Abgeordneter, ich muss auch sofort informiert werden. Zwei von uns sind zum Gericht gegangen, das Gericht hat gesagt: Das geht nicht, das ganze Parlament ist einzubeziehen. Aber Faktum ist, dass das gewählte oberste Gremium, das Parlament, aus zeitlichen Gründen nicht mehr in der Lage ist, alles aufzunehmen und nachzuvollziehen. Das sind die Gefahren der Demokratie, das kann kein Parteitag beantworten. Wir brauchen ganz andere Formen des Zusammenwirkens und da wird auch eine Volksabstimmung nicht immer helfen. Denn es ist auch die Frage, wer finanziert das eigentlich? Wer macht das eigentlich? Das ist eine schwerwiegende Problematik, in der wir uns im Augenblick bewegen. Ich hoffe immer noch darauf, dass in den Parteien genug Substanz ist, um das verändern und neu gestalten zu können.

Münch: Wir suchen also nach Formen, die Demokratie zu vitalisieren, Sie haben es eben ganz deutlich gesagt, Herr Dettling, haben Sie denn auch eine Idee?

Dettling: Ich denke, was an sich nachgerade selbstverständlich geworden ist, dass die Bürger bei Großprojekten früher und gründlicher und auf eine andere Weise beteiligt werden müssen. In zehn Tagen ist in Baden-Württemberg eine Volksabstimmung, das ist eine Mobilisierung jenseits der Parteien, nicht primär durch die Parteien wie bei einer Landtagswahl. Man kann nicht so einfach sagen, dass diese Leute alle inkompetent sind. Es ist schon richtig, dass eine gute Partei die politische Bildung ihrer Mitglieder verbessert. Das war ja die große Leistung auch der Sozialdemokratie und der Volksbildung. Aber andererseits ist das natürlich auch bei anderen und im Netz sehr leicht organisierbar und abrufbar. Wir müssen einfach mehr Phantasie entwickeln, wie man Demokratie nicht ersetzen, sondern neu gestalten und erweitern kann.

Münch: Fangen wir doch in den Niederlanden an, Frau Beaufort, Herr Nijhuis.

Beaufort: Ich denke, dass es sehr wichtig ist, dass die Politik auch in der ganzen Wirtschaftskrise, die wir jetzt haben, die Initiative wieder ergreift. Dabei ist es aber auch sehr wichtig, den Bürger nicht zu vergessen. Politiker haben Ideen und können auch auf europäischer Ebene zu Entscheidungen kommen, aber wenn die Politiker nach Hause zurückkehren, müssen sie es erklären. Das ist auf jeden Fall in den Niederlanden ein richtig großes Problem, da die Bevölkerung ja das ganze Projekt Europa nicht von Anfang an mitgemacht hat. Das ist von oben gekommen und die niederländischen Bürger fragen sich jetzt, wie soll das weitergehen mit der ganzen Krise? Die Antwort ist für die Mehrheit der Bürger, dass es nicht einfach so weiterlaufen kann, nur weil Europa gut ist und wir den Euro behalten müssen. Die Bürger möchten von den Politikern mehr und auch andere Antworten. Aber wenn die Politik das vergisst, denke ich, haben wir bei den nächsten Wahlen in Holland ein riesiges Problem.

Münch: Also das Stichwort „Alternativlosigkeit“. Politiker und Politikerinnen sagen, das müssen wir so machen, alternativlos, es geht gar nicht anders. Sie sagen aber, die Bevölkerung will eine Diskussion über Möglichkeiten und über andere Chancen.

Beaufort: Genau, jetzt sind die Liberalen zum Beispiel in den Niederlanden in der Regierung. Seitdem darf keine Debatte innerhalb der liberalen Partei mehr entstehen, wie es weitergehen soll mit dem Euro. Die Regierung und unser Premierminister haben gesagt, wir gehen weiter und wir machen da mit, und wenn jemand versucht, die Debatte zu starten, nur die Debatte, nicht mal irgendwie anti-europäisch, kriegen die Politiker gleich eine Krise und versuchen möglichst die Debatte abzulenken. Ich denke, die Wähler werden das beim nächsten Mal nicht vergessen haben.

Münch: Mal ein ganz kleiner Exkurs, Sie erlauben den? Herr Wilders sagt Nein zum Euro und damit steigt sein Ansehen, das ist ja die Crux.

Beaufort: Unter den Wählern ja. Und natürlich stehen jetzt die Liberalen und Mark Rutte vor der Herausforderung, nach neuen Mehrheiten zu suchen. Das ist, glaube ich, auch gut. Aber wenn er das nicht gut rüberbringt gegenüber allen Wählern in den Niederlanden, auch seinen eigenen, dann hat Wilders bei den nächsten Wahlen einfaches Spiel zu gewinnen.

Münch: Herr Nijhuis, auf die Frage bezogen.

Nijhuis: Um gleich anzuschließen, Herr Wilders sagt Nein zum Euro. Er hat diese Woche auch vorgeschlagen zu forschen, wie teuer es wäre, den Gulden wieder als Währung zu nehmen. Sie lachen jetzt, Herr Poguntke, das haben unsere Politiker auch getan. Sie haben gesagt, was für ein Blödsinn, so einen Vorschlag kann man überhaupt nicht diskutieren, das sollten wir auch nicht tun. Die Wähler denken aber, wieso nicht, wieso diese Alternativlosigkeit? Und erst nach einigen Tagen haben manche gesagt, ja vielleicht sollten wir schon forschen, dann wird sich herausstellen, dass das sehr viel teurer ist als die Maßnahmen, die jetzt gestartet werden, und dann können wir erklären, wieso wir versuchen, den Euro zu retten. Aber wieso von vorneherein sagen, das ist Populismus, das ist Blödsinn, das ist Schwachsinn, das sollten wir nicht tun. Sagen, dass es keine Alternative gibt, überzeugt nicht. Ein zweiter Punkt, wir reden jetzt über Fragen, die noch im Parlament auf nationaler Ebene entschieden werden. Da gibt es immer die Frage, wer ist das Wir, das in einer repräsentativen Demokratie repräsentiert wird? Das ist die nationale Bevölkerung. Aber als Politiker und als Regierung hat man auch internationale Verpflichtungen. Man kann nicht nur zuverlässig gegenüber den eigenen Wählern sein. Populistische Parteien haben es da sehr viel einfacher, weil sie sagen, wir haben nur das eigene Volk und das repräsentieren wir. Das stellt die etablierten Parteien vor eine große Herausforderung.

Mein dritter Punkt ist die Forderung nach mehr direkter Demokratie. Damit bin ich völlig einverstanden. Ich glaube aber auch, direkte Demokratie funktioniert nur auf einer lokalen und regionalen Ebene und nicht auf internationaler Ebene, nicht in Brüssel.

Müntefering: Ich glaube, dass in einer globalisierten Welt die großen und die kleinen Einheiten an Gewicht gewinnen. Wir brauchen eine Regelung in Europa und international, es wird keine Weltregierung geben, aber wir brauchen Formen des Zusammenwirkens, und zwar vor Ort. Eine Stärkung der Politik vor Ort wird auch ein sehr positives Element sein können für Demokratie, wenn man das nicht missbrauchen lässt für soziale Spaltung.

Wir brauchen eine Wirtschafts- und Finanzregierung in Europa. Die Franzosen haben das schon einige Jahre auf ihrer Ideenliste und nun hat es die Kanzlerin auch aufgenommen, und irgendwie setzt sich das Ganze in Bewegung. Aber was wird die Aufgabe einer solchen Regierung sein? Ich bezweifle, dass wir auf einer Ebene wie Europa Wirtschafts- und Finanzpolitik machen können, während die Länder die Sozialpolitik machen sollen. Wo das endet, das haben wir in Griechenland gerade erlebt. Die wichtigste Frage ist aber, was wollen wir eigentlich? Da bin ich sehr dafür, dass Europa das macht. Wir haben nur eine Chance von 10, 20 Jahren. Ich sage Ihnen, wenn das scheitert, dann wird es für die Demokratie ganz schwierig werden. Und dann können wir ganz von vorne anfangen.

Münch: Jetzt haben Sie, Herr Müntefering, die Warnblinkanlage angemacht, was den Zustand der Demokratie und gar nicht mal die Vitalisierung, sondern den Erhalt von Demokratie angeht. Liegt denn vielleicht in der Schwächung der großen Parteien auch eine Chance? In den Niederlanden ist es eben ein Herr Wilders, der Tabus

bricht, der Fragen stellt, die auch die großen Parteien zwingen, auf Ideen zu kommen und zu sagen, na gut, rechnen wir es doch mal durch. Liegt darin nicht vielleicht auch eine Chance?

Dettling: Ich würde das Rezept nicht empfehlen, das Sie vorgeschlagen haben. Jetzt kommt Herr Wilders daher und sagt, dass der Gulden viel billiger ist, und dann spuren alle großen demokratischen Parteien und rechnen ihm mathematisch vor, dass der Euro im Grunde doch billiger ist. Dann kommt Herr Wilders und sagt, wenn wir mehr Polizisten einstellen, ist es auch billiger, weil man dann die Gefängnisse leer machen kann, und am billigsten ist die Todesstrafe. Ich habe viel in Österreich gelebt und beobachtet, wie dort die beiden großen Parteien auf dem Weg zur Boulevardisierung ganz wörtlich weiter sind als alle hier. Die Anpassung an Haider und an den Stracher, der ja noch viel schlimmer ist, hat nur dazu geführt, dass die jetzt bei 30 % sind und möglicherweise die stärkste Partei irgendwann werden. Wenn unsere Parteien und Politiker nicht in der Lage sind, Europa positiv zu begründen, auch wenn es nicht mehr um Krieg und Frieden geht, wenn man nicht das Sozialmodell attraktiv darstellen kann, dass Europa die einzige Region ist, in der Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Ökologie und auch Wohlstand, materieller Wohlstand, existieren – das gibt es sonst nirgendwo auf der Welt – und wenn wir das nicht begründen und dafür werben können, ohne dass man dafür einen Herrn Wilders braucht, da fängt man an, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Also ich kann das nicht empfehlen.

Müntefering: Zustimmung.

Dettling: Der große sozialdemokratische Intellektuelle, Richard Löwenthal, der hat mal gesagt, dass es in der

Bundesrepublik Deutschland formative Jahre gegeben hat, prägende Jahre, die danach eine lange Zeit die Entwicklung bestimmt haben. Also formative Jahre waren 49 bis 53, ganz bestimmt auch 69 bis 72 mit inneren Reformen und der Entspannungspolitik. Leider Gottes hat die Wiedervereinigung keine prägenden Jahre, keine Gelegenheit eingeleitet, zum Beispiel über die Verfassung des Gemeinwesens neu nachzudenken, das wurde versäumt. Aber ich glaube, dass die nächsten Jahre so oder so prägende Jahre in Deutschland und Europa werden.

Wenn nichts geschieht, dann geht es halt so weiter und dann wird eben nicht gestritten, möglicherweise sind Müntefering und ich altmodische Altbundesrepublikaner. Merkel verwechselt Ideen mit Ideologien, immer wenn sie in der DDR Ideen gehört hat, hat sie an Ideologien gedacht, deshalb ist sie eine Pragmatikerin, wie wir sie

im Kanzleramt noch nicht hatten. Helmut Schmidt war im Vergleich dazu ein Mann von großen Grundsätzen und Prinzipien, der den Staat und die Staatsräson und auch die Ökonomie massiv verteidigt hat, aber Merkel geht einen Weg, der von der Technokratie schon nicht mehr unterscheidbar ist. Politik hat immer auch mit Leidenschaften zu tun, mit Gefühlen, und wenn man glaubt, man kann Politik gewissermaßen nur als Verwaltung von Sachproblemen machen, geht etwas verloren. Es kann auch sein, dass man die Leute nicht mehr mitreißt und dass dann in der Tat solche Leute wie Wilders einfach virtuoser sind in der Mobilisierung der Leidenschaften. Demokratie ist nichts, wofür man Halleluja singt und Fahnen hisst. Demokratie ist eine nüchterne Staatsform, ein Modus Vivendi der untereinander Uneinigen und das ist natürlich sehr viel. Sie, Herr Müntefering, haben gesagt, dass die wichtigen Fragen auf die supranationale Ebene und die lokale Ebene gehören, das ist genau auch meine Meinung. Ich frage mich zum Beispiel, wozu wir die Länder brauchen und ob es nicht eine Perspektive wäre, die Länder abzuschaffen.

Müntefering: Aber Herr Dettling, hier für den Ausstieg aus dem Föderalismus sprechen, das ist schon ein starkes Stück.

Münch: Ja, das ist das Besondere hier an dieser Runde.

Müntefering: Mein Gefühl wäre, wir müssten mehr sprechen über die europäische Staatsbürgerschaft. Ich weiß nicht, in welche Richtung es letztlich geht, ich hoffe nur, dass die Europäer es schaffen, eine demokratische Legitimation auf europäischer Ebene zu finden, ob es nun Bundesstaat, Staatenbund, Staatenverbund, ein Unikat oder ein Unikum wird, irgendwas müssen wir jedenfalls hinkriegen.

Münch: Das sind nachdenkliche Überlegungen, die ich gerne aufgreifen würde. Auch was Herr Dettling gesagt hat, dass wir vor 20 Jahren die prägende Funktion, die es hätte haben können, für demokratische Entwicklungen irgendwie verpasst haben. Vielleicht war die Zeit damals nicht reif, vielleicht sind es aber jetzt prägende Jahre. In welche Richtung muss es gehen, was ist aus Ihrer Sicht unabwendbar wichtig dazu?

Nijhuis: Die jüngere Generation nennt sich eher europäisch als die ältere. Vielleicht gibt es einen Prozess, einen sehr langsamen Prozess, der in diese Richtung führt. Aber gleichzeitig wurde hier auch von einer europäischen Sozialmoral und sozialer Gerechtigkeit gesprochen, die nirgendwo größer sei in der Welt als in Europa, doch tatsächlich ist die soziale Solidarität in Europa minimal. Die Unterschiede zwischen den Gehältern sind in der EU sehr viel größer als in Amerika. Und die niederländischen Bürger neigen eigentlich nicht dazu, die Bulgaren oder andere Länder am Wohlstand zu beteiligen. Europäer ja, wenn man nach Berlin oder nach Rom fahren kann, und mit der Kreditkarte kommt man überall hin, aber wenn es um Sozialleistungen, Transfer usw. geht, dann sehe ich das vorerst noch nicht. Aber wir müssen, und das ist wichtig, Europa in einer Sprache definieren, die zukunftsgewandt ist. Bisher ist Europa eher die Lösung für Vergangenheitsprobleme, und die Politiker benutzen noch immer diese Sprache von Krieg und Frieden. Das ist nicht die Zukunft von Europa.

Münch: Also ganz klar und offensiv auf die europäische Karte setzen?

Dettling: Ich denke, es ist unbestritten, es gab ja lange Diskussionen über die Erweiterung oder die Vertiefung Europas. Diese Diskussion wurde nicht konsequent zu Ende geführt. Im Rückblick muss man sagen, dass der

französische Präsident Charles de Gaulle damals wahrscheinlich eine weise Entscheidung getroffen hat, als er Nein zum Beitritt Englands gesagt hat. Weil England sehr viel stärker an Amerika als an Europa orientiert ist. Man muss die Länder, die partout aus der EU oder der Eurozone austreten wollen, wahrscheinlich ziehen lassen, weil es ja keine Möglichkeit gibt, sie mit Gewalt festzuhalten. Aber wir müssen einen Gedanken stärker ventilieren und das ist eine, ich sage es ganz ketzerisch, eine positive Konnotation, also eine positive Besetzung des Begriffes „Transferunion". Wir in Deutschland haben den Sozialstaat ja begründet in den 1880er-Jahren mit einem Transfer für die Schwachen, für die Kranken, für die Arbeitslosen. Das haben wir aus guten Gründen gemacht. Bismarck war nicht ein sozialer Barmherzigkeitsapostel, sondern er war ein Realpolitiker, der sich gesagt hat, wenn wir hier keine sozialen Reformen machen, kann das Deutsche Reich nicht stabil sein. Es geht um Reform oder Revolution. Und die Frage ist, ob man etwas Ähnliches hinkriegt in Europa, dass man den Ländern sagt, wir helfen euch jetzt aus einem europäischen Gedanken der Solidarität, aber das setzt auch voraus, dass diejenigen, denen geholfen wird, sich selber anstrengen.

Münch: Haben Sie vielen Dank. Die einen oder anderen Gedanken werden sich mit Sicherheit beim nächsten NRW-Forum wiederfinden. Vielen Dank allen, die sich zur Verfügung gestellt haben, allen, die mitgedacht haben, allen, die mitgeredet haben.

Autoren und Autorinnen

Fleur de Beaufort, Jahrgang 1979, studierte Geschichte an der Universität Utrecht und der Universität Basel. Heute arbeitet sie im Wissenschaftsbüro der VVD in den Niederlanden, lehrt und publiziert.

René Cuperus ist Direktor für Internationale Beziehungen und Senior Research Fellow bei der *Wiardi-Beckmann-Stichting*, einer Stiftung der sozialdemokratischen PvdA in den Niederlanden. Als Kolumnist und Blogger veröffentlicht er unter anderem in der *Volkskrant*, ist Mitglied diverser Netzwerke und Thinktanks wie *Terra Nova*, *Scholars for European Social Democracy* und *Policy Network*.

Prof. Dr. Paul Dekker, Jahrgang 1954, arbeitet seit 1979 für das Niederländische Institut für Sozialforschung SCP, wo er heute die Forschungsgruppe *Partizipation und Öffentliche Verwaltung* leitet. Seit 2001 ist er zudem Professor an der Abteilung Soziologie der Universität Tilburg (Niederlande). Seine Forschungsschwerpunkte umfassen unter anderem die Themen Zivilgesellschaft, Dritte-Sektor-Organisationen, Partizipation, öffentliche Meinung und politisches Unbehagen.

Dr. Warnfried Dettling ist Politikberater und freier Publizist. Er ist Mitglied in verschiedenen Expertenkom-

missionen und Gremien, zum Beispiel der *Zukunftskommission Gesellschaft 2000* der Landesregierung Baden-Württemberg. Zu seinen Themenschwerpunkten zählt der Wandel des Parteiensystems.

Dr. Tom van der Meer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Abteilung Politikwissenschaften an der Universität von Amsterdam. Vorher arbeitete er am Niederländischen Institut für Sozialforschung SCP. Schwerpunkte seiner Forschung sind politisches Vertrauen, Partizipation, Wähler-Volatilität und ethnische Vielfalt.

Franz Müntefering ist Mitglied des Bundestages und ehemaliger Bundesarbeitsminister. Seit 1966 Mitglied der SPD, der er zeitweise vorstand, kennt er die Entwicklung der Volksparteien über fast 50 Jahre.

Dr. Viola Neu ist Koordinatorin für Wahl- und Parteienforschung bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. Zudem ist sie Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Politikberatung. Ihre Schwerpunktthemen sind Wahl- und Parteienforschung und Extremismus.

Prof. Dr. Ton Nijhuis ist wissenschaftlicher Direktor des *Duitsland Instituut* Amsterdam und Professor an den Fakultäten der Geisteswissenschaften und Sozialwis-

senschaften an der Universität Amsterdam. Zudem ist er Kuratoriumsmitglied des *Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien* der Universität Wroclaw und Mitglied des Wissenschaftsrates CIERA (Paris).

Prof. Dr. Thomas Poguntke hat den Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Düsseldorf inne. Er ist Direktor des *Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung* (PRuF). Zudem ist er Mitglied des wissenschaftlichen Beirates des *Observatory on Political Parties and Representation* (OPPR) am Europäischen Hochschulinstitut Florenz.

Prof. Dr. Paul Schnabel, Universität Utrecht, ist Direktor des *Sociaal en Cultureel Planbureau* (SCP) der Niederlande. Seine Schwerpunktthemen umfassen die Landespolitik, Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und Entscheidungsfindungsprozesse in Regierung und Parlament. Zudem verfasst er regelmäßig Kolumnen für *NRC Handelsblad* und *Het Financieele Dagblad*.

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen

Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf
Telefon +49 (0) 211 837 - 4200
Telefax +49 (0) 211 837 - 4212
info@politische-bildung.nrw.de
www.politische-bildung.nrw.de